

Wester-Beitung

Preis: 10 Pf. pro Stück
Wochensatz 60 Pf.
Monatsatz 1.80 M.
Quartalsatz 5.40 M.
Halbjahrsatz 10.80 M.
Jahressatz 21.60 M.
Postgebühren sind extra zu zahlen.
Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung.
Redaktion: Weststr. 26, Tel. 1088.
Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Der Arbeiter“
Breslau, Weststr. 26, Tel. 1088.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krasnitzer Str. 20, Tel. 200 96.
Korrespondenz: Breslau 544, Redaktions-Postfach, Krasnitzer
Str. 50, Tel. 289 02. Druckerei der Redaktion von 19-19,
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:
Görlitz, Weststr. 26, Tel. 1088; Oppeln, Krasnitzer Str. 26, Tel. 1088;
Görlitz, Damm 6, Telefon 2884. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Verlags-
stand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: G. L. Wegmann & Co.
m.B.G., Breslau. — Druck: „Der Arbeiter“, G. L. Wegmann & Co.,
Breslau.

Verbot der KPD wird vorbereitet!

Die „Rote Fahne“ erneut auf 4 Wochen verboten Begründung: Die KPD ist eine staatsfeindliche Organisation

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel hat die „Rote Fahne“, die nach dem dreiwöchigen Verbot vom 2. bis 23. Mai am Freitag wieder erschienen war, am 25. Mai von neuem auf die Dauer von vier Wochen verboten. Die Begründung des Verbots ist nichts anderes als die ideologische Vorbereitung des Verbots der KPD.

In seiner Verbotsbegründung führt Jörgiebel zwei Zitate aus der „Roten Fahne“ vom 25. Mai an. Das erste ist aus einem Artikel „Die Wahrheit über den 1. Mai“ entnommen, der nach der Tatsache schildert. Für Herrn Jörgiebel aber ist es eine Begründung zum Verbot der „Roten Fahne“ auf vier Wochen, weil er in diesen Ausführungen „eine Verherrlichung des Widerstandes der Berliner Arbeiterschaft gegen die vom Polizeipräsidenten erlassenen Anordnungen“ sieht. Die Wahrheit soll nicht an den Tag, damit die sozialdemokratische Geschichtsfälschung aufrechterhalten bleibe, daß die Massen dem Ruf der kommunistischen Partei zur Straßendemonstration am 1. Mai nicht geantwortet seien. Ach, Herr Jörgiebel, hat ja selbst das Gegenteil dazu getan, um diese Legende zu zerstören: Die Tatsache der Verhaftung von zweitausend Proletariern am 1. Mai zeigt eindrucksvoller von der Wucht der revolutionären Maidemonstration, als alle Schilderungen es vermöchten.

Ober trittert den Jörgiebel in dem von ihm angeführten Zitat die Charakterisierung der Polizeiatlanten? Ach, geht doch! Da haben nicht- und antikommunistische Blätter noch ganz andere Dinge geschrieben. Hier es doch in der Nummer 20 der „Weltbühne“ über den Mai-Mord:

„Nach schroffen Worten ging man schnell zu Rufen und Schlägen über, von den Schlägen zum Schießen. Als die Versammlungen zu Ende waren, als sich große Menschenmengen in den Straßen stauten, da sah der Polizist endlich den Feind vor sich, und das weitere wickelte sich mit adressierter Präzision ab. Harmlose Passanten sind niedergeschlagen, niedergeschossen worden, hinter Klüchtenden wurden Salven abgefeuert, es ist in die Hausflure und Fenster gefallt worden... Willkür und Delirium als höchste Beamtenpflicht, ungezählte Fälle, die die lange Stala von der ungerechtfertigten Belästigung bis zum eiskalten Mord durchlaufen.“

So schreibt nicht nur die „Weltbühne“, so äußert sich auch das kommunistische „Lagebuch“, so steht es gar in der demokratischen „Frankfurter Zeitung“, so kann man es auch in ausländischen Weltblättern lesen, die bei der Bourgeoisie in hohem Ansehen stehen.

Aber die „Rote Fahne“ darf es nicht schreiben!
Doch betrachten wir nun das zweite Zitat, das Jörgiebel zum Verbot der „Roten Fahne“ veranlaßte:

„Die kommunistische Partei und das revolutionäre Proletariat sind aus den Kämpfen des 1. Mai gestärkt hervorgegangen. Sie haben sich zu einer Entscheidungsschlacht nicht provozieren lassen, aber sie haben den Kampf aufgenommen und werden ihn mit allen Mitteln, ob erlaubt oder verboten, fortsetzen. Die kommunistische Partei als Avantgarde der ausgebeuteten und unterdrückten Massen erklärt in aller Offenheit, daß die Jörgiebel-Morde vom 1. bis 3. Mai eine neue Etappe des Klassenkampfes einleiten, in welcher die rücksichtslose Brutalität des Sozialfaschismus, der im Dienst des von here Ghichies zum Tode verurteilten kapitalistischen Systems handelt, auf die eiserne Entschlossenheit und Opferwilligkeit der Arbeiterklasse stoßen wird. Sie verkündet laut und offen, daß der gewalttätige Sturz des bürgerlichen Staates allein allen Schreden des kapitalistischen Regimes, der Ausbeutung der Millionenmassen und den Greueln des herannahenden imperialistischen Krieges ein Ende setzen kann.“

Seit Jahr und Tag hat die kommunistische Partei ununterbrochen in Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Büchern und Aufrufen, in Versammlungen und Parlamenten den gewalttätigen Sturz des kapitalistischen Staates zur Erringung der proletarischen Macht bezeichnet. Herr Jörgiebel scheut sich nicht, die Wiederholung dieser schon millionenmal straflos gesprochenen und geschriebenen Worte zur Basis seines Vierwochenverbotes zu machen.

Hier liegen die tieferen, wirklichen Gründe des Verbots der „Roten Fahne“, hier liegt die eminente politische Bedeutung des KPD-Verbotes für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Am Schluß seines Verbotsbefehls erklärt Jörgiebel, daß „die kommunistische Partei eine staatsfeindliche Organi-

sation ist im Sinne des § 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik, weil es zu ihren Zwecken oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verwaltung durch ungesetzliche Mittel, nämlich durch Gewalt zu verhindern oder zu entkräften... Die „Rote Fahne“... unterstützt das Bestreben der staatsfeindlichen Organisationen, der KPD, durch die Tat. Hiernach sind die Voraussetzungen der §§ 7 und 21 des Republiksschutzgesetzes erfüllt. Das Verbot ist somit gerechtfertigt.“

Die obigen Sätze Jörgiebels liefern bereits die ideologische Begründung für das Verbot der KPD. Die sozialdemokratischen Kettenhunde der Bourgeoisie fühlen bereits ihre Zeit gekommen. Sie haben den Roten Frontkämpferbund verboten. Sie haben die „Rote Fahne“ verboten. Sie wollen jetzt die einzige Partei des Proletariats, die einzige Preisfeindin der Arbeiterinteressen in die Kellerlöcher jagen. Warum gerade jetzt? Die letzten Monate standen im Zeichen Zeichen des sieghaften Vormarsches der kommunistischen Partei, der Eroberung eines Großbetriebes nach dem anderen durch die revolutionäre Opposition in den Industrie-Metropolen, des raschen, zahlenmäßigen Wachstums der kommunistischen Ortsgruppen und der sich neu belebenden Kampfkraft des Proletariats.

Nie waren die Positionen der sozialdemokratischen Führer — dieser Steigbügelhalter des Kapitals im Arbeiterlager — heftiger erschüttert und ernster bedroht als in diesen Tagen.

Da das Klassenbewußte Proletariat sich mutig an die Seite der kommunistischen Partei stellt, um mit ihr die arbeiterfeindlichen Koalitionsregierungen im Reich, in Preußen und den übrigen deutschen Ländern zu bekämpfen. Vergeht es nicht: In einer Woche schon beginnt im Reichstag die Beratung des Zehn-Milliardenetats der Koalitionsregierung, eines Etats, der für den militärischen Machtapparat des Kapitals nicht weniger als eine Milliarde vorsieht, in dem aber nur ein paar Millionen zur Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosenarmee eingestellt sind. Für die Erwerbslosenarmee, der von dem sozialdemokratischen Hilferding zu gleicher Zeit eine faktische Herabsetzung ihrer Unterstützung besichert wird. Das sollen die „Rote Fahne“ und die kommunistische Partei den Massen nicht sagen und deren Widerstand gegen diese Angriffe nicht organisieren dürfen. Man verbietet die „Rote Fahne“ und bereitet die Parteiunterdrückung vor, um zu verhindern, daß die KPD. den Kampf vorbereitet, vor, um zu verhindern, daß die KPD. den Kampf vorbereitet gegen die schon für die nächste Zeit geplante Brotverteuerung, Getreidezollerhöhung und die Erhöhung der Massensteuern, die durch die Steuerbefreiung des Besitzes bedingt ist.

Die sozialdemokratischen Politikanten fühlen ebenso wie die bürgerlichen Parteien, daß sich die Gegensätze immer mehr zuspitzen, daß als Antwort auf die kapitalistische Unterdrückung die Arbeiterschaft in eine immer lebhaftere Kampfbewegung gerät und daß Deutschland einer unmittelbar revolutionären Situation entgegengeht. Da muß vorbeugt werden. Die „Rote Fahne“ gewinnt immer mehr Leser und verbreitet ihren Einfluß von Tag zu Tag. Also weg mit der „Roten Fahne“!

Darum Vernichtung der kommunistischen Partei! So fordert es die „Germania“, das Organ der Zentrumsmänner, in ihrer Nummer vom 25. Mai. Und so bereitet es Herr Jörgiebel durch seine Verbotsbegründung vor.

Die kommunistische Partei ruft alle Arbeiter auf, in den Betrieben, in den Arbeitervierteln, in den Gewerkschaften und in Sport- und Kulturorganisationen einen Sturm des Protestes zu entfesseln mit dem Ziel:

- Sofortige Aufhebung des Verbotes der „Roten Fahne“!
- Sofortige Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes!
- Sammlung aller Arbeiter um die vom Verbot bedrohte kommunistische Partei!

Zum Magdeburger Parteitag der SPD.

Von G. Leng-Beckin

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der am 26. Mai in Magdeburg zusammengetreten ist, ist von der größten Bedeutung für die Entwicklung des Reformismus in allen imperialistischen Ländern. In den Mittelpunkt des Parteitages wollen die Führer der SPD. die Fragen des Wehrprogrammes stellen. Im zehnten Jahre nach dem Abschluß des Versailler Vertrages hat Deutschland wiederum mit allen Kräften das Ringen um seine imperialistische Weltgeltung aufgenommen. In der Zeit gesteigeter Kriegsvorbereitungen des internationalen Kapitals gegen die Sowjetunion, da die deutsche Bourgeoisie nur in der Gefolgschaft der imperialistischen Mächte ihren Anteil bei der Neuaufteilung der Welt erringen zu können hofft, hielt es die deutsche Bourgeoisie für angemessen, ihre getreue Sozialdemokratie an die Spitze der Regierung zu stellen; damit sie vor den Massen die Verantwortung für die Kriegsvorbereitungen und Kriegsvorbereitungen übernehme.

Der Beschluß, mit dem Bau einer Serie von Panzerkreuzern zu beginnen, war die erste maritane Regierungsstat der im Mai 1923 gebildeten Koalitionsregierung. Der gewaltige Widerstand, der sich gegen diesen Beschluß aus den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter erhob, veranlaßte die Führer des deutschen Reformismus nicht etwa, der kriegsfeindlichen Stimmung der Arbeiterschaft irgendwelche Konzessionen zu machen, sondern sie beschwichtigten zunächst den Sturm durch einige parlamentarische Manöver (die SPD-Fraktion im Reichstag stimmte gegen den Panzerkreuzerbau, nachdem die bürgerliche Mehrheit für den Beschluß gestimmt war) und gingen dann konsequent daran, die Partei formell für die sozialimperialistische Politik der Kriegsvorbereitungen festzulegen. Das ist der Sinn des Beschlusses, dem Magdeburger Parteitag ein Wehrprogramm der Sozialdemokratie vorzulegen.

Für die sozialimperialistischen Führer, die seit 1914 mit beiden Beinen im Lager der imperialistischen Bourgeoisie stehen, gibt es natürlich kein Wehrproblem. Da sie mit dem kapitalistischen System und dem imperialistischen Staat vollkommen solidarisch sind, müssen sie auch die Machtmittel dieses bürgerlichen Staates bejahen. Da sie an den pazifistischen Schwindel, den sie ihren Anhängern jahrelang vorsetzen, selbst nicht glauben, haben sie, genau so wie die anderen bürgerlichen Parteien, nur das Ziel im Auge, die deutsche Wehrmacht möglichst schlagkräftig für die kommenden imperialistischen Auseinandersetzungen zu machen.

Das ist der klare Sinn der Richtlinien zur Wehrpolitik, die die vom Parteivorstand eingesetzte Kommission unter dem Vorsitz von Dittmann ausgearbeitet hat. Dieses Wehrprogramm enthält das klare Bekenntnis, daß die deutsche Republik „genötigt“ sei, „zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes eine Wehrmacht aufrechtzuerhalten“. Als besondere Aufgabe der Sozialdemokratie erscheint dabei, nur dafür zu sorgen, daß die Wehrmacht „in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist“. Alle Forderungen, die in diesem Wehrprogramm zur Reform der Reichswehr erhoben werden, laufen nur darauf hinaus, dieses Instrument des Imperialismus und der kapitalistischen Reaktion, das bei der gesamten Arbeiterschaft noch auf Grund der Erfahrungen aus der Röske-Zeit und des Reichswehr-Einmarches in Sachsen von 1923 tief verhaßt ist, bei den Arbeitern etwas populär zu machen.

Dieses offene Bekenntnis zum Sozialimperialismus wurde jedoch in der großen Mehrheit der Parteibeiräte von der Parteimitgliedschaft abgelehnt. Es ist bezeichnend, daß nicht nur in den Bezirken mit einer „linken“ Tradition, in Sachsen und Thüringen, sondern auch in einer Reihe solcher Bezirke, in denen es früher keine Parteiopposition gab, das Programm des Sozialimperialismus auf heftigen Widerstand stieß. In dieser Situation begann die Rolle der „linken“ Führer des Reformismus. Sie stellten dem offen imperialistischen Wehrprogramm ein linksreformistisches Programm des Sozialimperialismus gegenüber und verstanden es, die Mehrheit der oppositionellen Arbeiter für verschiedene solche linke Programme zu gewinnen.

Das Charakteristische dieses linkssozialdemokratischen Programms liegt darin, daß die „linken“ Führer allen entscheidenden Fragen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und gegen den Militarismus ausweichen bzw. diese Fragen mit bewusster Zweideutigkeit beantworten. So erklären sie einerseits jeden Krieg im gegenwärtigen Zeitalter für einen imperialistischen Krieg, wodurch offensichtlich der Verteidigungskrieg der Sowjetunion gegen die Imperialisten von vornherein diskreditiert werden soll, sprechen aber andererseits von der Verteidigung der „verbundenen sozialistischen Gesellschaft“ oder, wie Levi sagt, sogar von der Verteidigung demokratischer Institutionen gegen Faschismus und Bolschewismus. Ihre konkreten Wehrforderungen unterscheiden sich gar nicht von denen des offiziellen Wehrprogramms. Sie sind, genau so wie diese, nicht auf die Sprengung der bürgerlichen Wehrmacht, sondern auf ihre Reform gerichtet.

Es ist übrigens bemerkenswert, daß auch einige der Führer des „linken“ Flügels der sozialpatriotischen Internationale den deutschen

Erster Aussperrungstag in der Textilindustrie

Arbeiterkorrespondenten vor die Front!

Breslau, 27. Mai. Heute ist der erste Tag der Aussperrung in der schlesischen Textilindustrie. Die Aussperrung ist in sämtlichen Betrieben durchgeführt worden. Die Stimmung der Aussperrten ist eine durchaus zuversichtliche. Die von der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den verschiedenen Orten vergangener Woche abgehaltenen öffentlichen Textilarbeiterversammlungen waren gut besucht und von gutem Kampfsinn getragen. Ueber die Versammlung in Langenbiela haben wir bereits berichtet. Auch in Landeshut wurden die Ausführungen des oppositionellen Redners mit Beifall aufgenommen, und die Anwesenden gelobten, unter Führung von

selbstgewählten Leitungen den Kampf um 15 Pfennige Lohn-erhöhung und 30 Prozent Arbeitsdauerbesserung aufzunehmen.

Wir fordern unsere Arbeiterkorrespondenten auf, und laufend unsere Berichte über alle Begebenheiten aus den Aussperrungs-gebieten zu senden. Durch Veröffentlichung dieser Berichte werden wir in der Lage sein, die Arbeiteröffentlichkeit über die Stimmung der Kämpfenden, über die Gewerkschaftsbürokraten und des Schlichters zu unterrichten. Das ist notwendig, weil an dem Ausgang des Kampfes nicht nur die Textilarbeiter, sondern alle Proletarier interessiert sind.

Fahrpreiserhöhung bei der Reichsbahn angefündigt

Reichsbahnverwaltung lehnt selbst den Hungerschiedspruch ab

Breslau, 27. Mai.

Die „Deutsche Morgenpost“ läßt sich zum Schiedspruch für die Eisenbahner aus Berlin u. a. melden: „Gegen den Schiedspruch im Lohnstreit bei der Reichsbahn hat die Reichsbahn erklärt, daß sie aus finanziellen Gründen vorläufig nicht in der Lage sei, eine Lohnerhöhung zu gewähren. Sie werde im Falle eines Durchgehens des Schieds- spruches genötigt sein, an Tarifierhöhungen zu denken. In der nächsten Zeit wird sich mit dieser Frage der Verwaltungsrat der Reichsbahn zu beschäftigen haben. Daß die Reichsbahn- gesellschaft den Schiedspruch ablehnt, daran kann kein Zweifel bestehen. Die Gewerkschaften scheinen aber entschlossen zu sein, ihm ihre Zustimmung zu erteilen. Die Frage ist dann, ob der Schiedspruch verbindlich erklärt wird. Wahrscheinlich wird die Reichsbahn, die die Absicht hat, eine neue Tarifierhöhung zu vermeiden, auch gegen einen verbindlich erklärten

Schiedspruch auf verschiedenen Wegen vorgehen. So steht ihr die Möglichkeit offen, sich an das beim Reichsgericht in Leipzig gebildete Reichsbahngericht zu wenden.“

Die Absicht der Reichsbahnverwaltung ist eine unerhörte Provokation der Eisenbahner. Durch Ankündigung einer insolge der im Schiedspruch vorgesehenen Lohnerhöhung angeblich notwendig werdenden Fahrpreiserhöhung will die Reichsbahnverwaltung die Arbeiter aller anderen Berufe gegen die Eisenbahner aufheizen und an der Lohnerhöhung noch ein glänzendes Geschäft machen. Die Eisenbahner dürfen sich nicht verwirren und einschüchtern lassen. Sie müssen den Hungerschiedspruch ablehnen und den Kampf für 15 Pfennig Lohnerhöhung und Beseitigung der Wirtschaftskrisen unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen ohne Rücksicht auf eine eventuelle Verbindlichkeits- erklärung aufnehmen.

Sozialimperialisten zu Hilfe gekommen sind. So hat Otto Bauer in einem Gutachten erklärt, daß eine Wehrmacht in Deutschland notwendig sei, damit Deutschland nicht zum Aufmarschgebiet fremder Armeen wird. Und Friedrich Adler hat in einem Vortrag vor Jungsozialisten auseinandergesetzt, daß der Grundgedanke des kommunistischen Manifestes: „Die Arbeiter haben kein Vaterland“, nicht mehr für den heutigen demokratischen Staat gelte, daß man darum die Landesverteidigung im heutigen bürgerlichen Staat nicht unbedingt ablehnen könne.

Es gehört keine große Prophetengabe dazu, um jetzt schon voraus- zusetzen, daß sich Rechte und Linke ohne Schwierigkeiten auf der Grundlage eines, mit einigen passifischen und rabulalen Phrasen verzierten imperialistischen Programms einigen werden.

Es ist auch gar nicht wahrscheinlich, daß die Linken die Frage der Koalitionspolitik in ihrem ganzen Umfang stellen werden, obwohl der reaktionäre arbeitgeberfeindliche Charakter der sozialdemo- kratischen Koalitionspolitik niemals so klar hervorgetreten ist wie jetzt nach der einjährigen Tätigkeit der Regierung Hermann Müllers. Außer der Bewilligung des Langtreiberbaues kann diese Regierung noch auf ihr Konto buchen: die Abwägung des Kampfes für den Achtstundentag im Ruhrgebiet durch Gewerling, einen Etat unerhörter Massenbelastung, die Auflegung einer steuerfreien Reichsrente von 600 Millionen, die ein Steuerertrag von Hunderten von Millionen an die Besitzenden bedeutet, den Abschluß des Kontrabats in Preußen, die Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung und schließlich, als Krönung dieses ganzen Wirkens, die blutige Niederschlagung der Maidemonstration in Berlin, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, die Einleitung des schärfsten faschistischen Unterdrückungskurses gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen.

Trotz dieser Liste reaktionärer Schandtatzen, die noch bedeutend verlängert werden könnte, kann man von den sogenannten Linken keine ernsthafte Opposition gegen die Koalitionspolitik erwarten. Die Entwicklung zum Sozialfaschismus, die der 4. Märzkonferenz der Komintern vorausgesehen hat, geht mit Riesenschritten vorwärts und hat auch die Linke Sozialdemokratie erfaßt. Die Stellung der Linken Sozialdemokraten zu den unerhörten Vorgängen am 1. Mai in Berlin hat das deutlich gezeigt. Ein sogenannter „ linker“, Künzler, war es, der die wildesten Pogrompläne gegen die kommunistische Partei erfaßte, der der reaktionären Presse das Stichwort für deren sowjetfeindliche Heße gab, der jetzt im ganzen Reich herum- geschickt wird, um Jürgelbels Bluttat vor den Arbeitern zu ver- teidigen. Die schärfsten Sozialdemokraten, die vor dem 1. Mai zum Teil mit großer Schärfe gegen das Demonstrationsverbot geschrieben hatten, haben nach dem 1. Mai, vollkommen solidarisch mit den offi- ziellen Führern des Sozialfaschismus, in die Blutheße gegen die Kommunisten eingestimmt.

Diese schroffe Rechtschwenkung sowohl der rechten wie auch der linken Führer kommt nicht überraschend. Wir stehen im Zeichen der äußersten Zuspitzung der Klassengegnerschaft, des Ueberganges des Klassenkampfes zu höheren, bürgerkriegsähnlichen Formen. In solchen Situationen sind die linken Schwächer, die mit dem Maul gegen den Reformismus kämpfen, aber den revolutionären Kampf fürchten, immer mit fliegenden Fahnen ins Lager des Klassenfeindes überge- lanten. Es ist klar, daß die linken Sozialdemokraten, die seit Jahren nur die Rolle einer Plankendeckung des Reformismus spielen, jetzt, beim Herannahen schärferer Kämpfe, die Maske des Radikalismus fallen lassen müßten.

Die Stimme der proletarischen Opposition, die sich in den Reihen der SPD regt, wird auf diesem Parteitag nicht zur Geltung kommen. Die SPD verfügt über einen gewaltigen Apparat korrupter Bürokraten. Nach ihren eigenen Angaben kann man schätzen, daß von den 700 000 Parteimitgliedern mindestens 100 000 in gutbezahlten Posten in Staat, Gemeinde oder in Arbeiterorganisationen stehen. Diese Elemente der Arbeiterbürokratie, die sich in der Form von Alford- schützern, Anzeigern, Bombardieren usw. in den rationalisierten Betrieben entwickeln, bilden das soziale Fundament des Sozialfaschismus. Von diesen Leuten eine Umkehr oder auch nur eine Abmilderung ihres reaktionären Kurzes zu erwarten, wäre eine verberbliche Illu- sion. Diese Partei wird nach dem 1. Mai 1929 ihre Bahn des Sozialfaschismus in beschleunigtem Tempo durchlaufen. Sie wird eben dadurch in raschem Tempo alle ehrlichen Arbeiterelemente von sich stoßen, die besonders in den Gebieten der linken Sozialdemo- kraten dieser Partei noch folgen.

Der Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird darum einen Wendepunkt bedeuten sowohl für die Entwicklung dieser Partei zum Sozialfaschismus wie auch für den Kampf der Kommunisten um die Mehrheit der deutschen Arbeiter- klasse.

Das moderne Sozialistengesetz

Rücker-Regierung verlängert Republikshutzgesetz um 3 Jahre.

Das Reichskabinett hat, wie wir am Sonnabend nur kurz „Vom Tage“ melden konnten, unter dem Vorbehalt des Reichskanzlers Hermann Müller die Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von drei Jahren beschlossen. Die entsprechende Vorlage wird dem Reichsrat sofort zu- gestellt werden.

Die „Rote Fahne“ schrieb dazu:

„Das ist der neueste Schlag der Koalitionsregierung gegen das deutsche Proletariat. Das Republikshutzgesetz, diese verhärtete Auflage des Sozialistengesetzes, wird weiter zur Grundlage der grausamen kapitalistischen Rechtsjustiz gegen unzählige Arbeiter dienen. Nach der Ermordung Rathenau's nun dem Sozialdemokraten Kabbiratz eingebracht, sollte es ausschließlich gegen die Fememörder angewandt werden. Die Kommunisten waren sich jedoch keinen Augenblick im unklaren darüber, daß dieses Gesetz einzig und allein gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung wirksam werden würde. Was sie vorausgesetzt hatte, traf nur allzu bald ein.“

Jahr für Jahr wurden auf Grund des Republikshutzgesetzes in Deutschland weite revolutionäre Arbeiter abgeurteilt, als in den 12 Jahren des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890.

Auf Grund des Republikshutzgesetzes ist der sogenannte Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ge- gründet worden. Nach seiner Aufhebung übernahm der 4. Strafsenat des Reichsgerichts seine Funktion. Justizhaus, Gefängnis und Festungstruppen lagerten über Tausende Arbeiter. Die bloße Zugehörigkeit zum Funktionärskörper der kommunistischen Partei wurde als Mitharbeit an einer konstitutionsfeindlichen Verbindung und jede Beteiligung im Sinne des Programms der Kommintern als Vor- bereitung zum Hochverrat abgeurteilt.

So verlängert die Regierung der Sozialdemokraten Hermann Müller und Gewerling, Bissell und Hilsenring das Sozialistengesetz des 19. Jahrhunderts. Sie besetzen das Kapital von den Steuern, sie lassen die Erwerbslosenunterstützung ab, sie legen den Arbeitern neue Zölle und Steuerlasten auf und halten für die, die sich wehren, die schmerzhaftesten Revolver und Karabiner ihrer Polizei bereit und die Kerkerzellen weit offen.

Jeder Tag, den diese Regierung länger am Ruder bleibt, bringt neue Schläge für die arbeitenden Massen, die im argesten Interesse geschierlich fordern:

Fort mit der Koalitionsregierung, dieser Intrigen des Kapitals und der Klassen- inkiz!

Hungerschiedspruch für die Maler

Breslau, 27. Mai.

Die am Sonnabend stattgefundenen Verhandlungen über die Malerlöhne, unter Vorsitz von Schlichter Philipp, haben folgendes Ergebnis: Ab 1. Juni 3 Pfennig Zulage und ab 15. Juli weitere 2 Pfennig. Gestern fand eine Malerverammlung statt, in der die ungeheure Empörung der Maler zum Ausdruck kam. Be- kanntlich forderten sie einen Anstieg an die Bauarbeiterlöhne. Die Gewerkschaftsbürokratie setzte sich trotzdem für die Annahme des Schiedspruches und Abbruch des Streikes ein.

Bezirkskonferenz der Roten Hilfe

Konferenz einmütig hinter dem Zentralvorstand für Auf- und Ausbau der Organisation. — Einmütige Abwehr der Treibereien Gläfers!

Breslau, 7. Mai.

Am Sonntag tagte in Breslau die Bezirkskonferenz der Roten Hilfe, die weit besser beachtet war als in den Vorjahren. Es waren 45 Ortsgruppen und drei Betriebszellen durch 57 Delegierte vertreten.

Die Konferenz war in erster Linie eine Arbeitskonferenz. Das zeigten die zahlreichen Anträge zu den Organisationsfragen und die sich daran anschließende Debatte. Einmütig stellte sich die Konferenz hinter den Zentralvorstand und wies die Treibereien Gläfers zurück. Wie wenig Einfluß Gläser auf den Verlauf der Konferenz hatte, zeigte die Tatsache, daß nur ein Delegierter seiner Gruppe auf der Konferenz anwesend war. Und dieser besaß nicht einmal ein gültiges Mandat, da er sich selbst außerhalb der R.H. gestellt hatte. Am Sonnabend hatte Gläser versucht, durch Rundschreiben an die

Vom Tage

In Magdeburg wurde gestern der sozialdemokratische Parteitag eröffnet. Faucher-Müller und Konrad-Braun hielten Begrüßungsreden, der verhaftigte Blut-Bels verteidigte das Blutbad am 1. Mai und hegte mit der unverhämtesten Verlogenheit gegen die kommunistische Partei, der er unterwarf, daß sie für den 1. August einen Aufstand vorbereite. (Wir werden über den 1. Verhandlungs- tag noch ausführlich berichten.)

Bei den Wahlen zur belgischen Kammer, die am Sonntag stattfanden, verloren die Sozialdemokraten vier Sitze an Katholiken und Liberalen, deren Regierungsmehrheit gesichert erscheint.

Die „I. U.“ meldet, kam es bei Huangpu zwischen Streitschiffen der Kanaktruppen und Piratenjägern zu einer Schlacht, bei der 20 Piratenboote versenkt, 1000 Piraten erschossen und 250 gefangen- genommen wurden.

Amantich ist mit seiner Begleitung in Bombay eingetroffen und beschäftigt, von dort nach Italien weiterzufahren.

Die amerikanischen Flieger Robbins und Kelly sind am Sonntag nachmittag um 4 Uhr gelandet, nachdem sie 172 Stunden in der Luft waren und den bisherigen Weltrekord um 22 Stunden übertroffen haben.

Bei dem Südborj-Bergrennen ist ein schwerer Unfall passiert, der zwei Tote und zwölf verletzte Zuschauer forderte.

In Juloon (China) sind bei einem Kinobrand 82 Personen ums Leben gekommen.

Bei Frankfurt a. d. O. verunglückte ein Gesellschaftsautobus, wobei drei Fahrgäste getötet und 13 verletzt wurden.

Delegierten eine Sonderkonferenz zu veranstalten. Von den auswärtsigen Delegierten folgte nur einer seiner Aufforderung.

Die R.H. in Schlesien marschiert vorwärts. Der stärkste Aus- druck dafür, daß die R.H. im steigenden Maße sich das Vertrauen der kämpfenden schlesischen Arbeiterschaft erobert, sind die Sammel- ergebnisse. Auf der Konferenz wurde unter großem Beifall Be- kanntgegeben, daß am Sonntag allein 330 Mark für die Maler eingingen, darunter 200 Mark von Breslau-West und 130 Mark aus der Provinz. Nur weiter so!

Abänderung des Wehrprogramms

Ein plumpes Schwindelnummer der SPD.

Magdeburg, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die vom Partei- vorstand der SPD. eingesetzte Wehrprogrammkommission trat noch- mals zusammen und nahm zu der Wehrprogrammabstimmung und die durch das veröffentlichte Wehrprogramm entzündete Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter Stellung. Einmütigkeit bestand darin, daß das Wehrprogramm unter allen Umständen vom Parteitag angenommen werden soll. Um die Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter einzudämmen und die zahlreichen Anträge zum Wehrprogramm in den Papierkorb wandern zu lassen, wurden folgende Abänderungen beschlossen:

Alte Fassung:

„Solange diese Gefahren bestehen und solange sie nicht durch sozialistische Regierungen wenigstens in den wichtigsten Ländern zum Verschwinden gebracht werden können, ist die Deutsche Republik ge- zwungen, zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes eine Wehr- macht aufrechtzuerhalten.“

Neue Fassung:

„Solange diese Gefahren bestehen, braucht die Deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

Im Absatz 2, der von der Abrüstung handelt, hat der letzte Absatz eine Ergänzung erhalten. Es wird zur Verhütung der Arbeiter angefügt:

„Sie fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstungen Deutschlands aus eigenem Willen unter Berücksich- tigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse.“

Dasselbe trifft auf die Forderungen über das Kontrollrecht des Reichstages zu, wo es jetzt heißt:

„Kontrolle des Reichstages über alle Angelegenheiten der Reichswehr und über alle Verträge und Abmachungen der Heeresverwaltung.“

Die Wehrprogrammkommission versucht mit diesen Abänderungen sowohl das klare Bekenntnis zur positiven Wehr- politik und zum 4. August noch stärker zu unter- streichen, aber andererseits auch den Widerstand in den eigenen Reihen zu brechen. In der ersten Abänderung liegt ein noch positiveres Bekenntnis zur Verteidigung der Republik und zur Wehrmacht. Die sozialdemo- kratischen Arbeiter sollen dadurch gewonnen werden, daß man ihnen sagt, die Wehrmacht diene zur Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterklasse. Was für Errungenschaften soll die Arbeiterklasse ver- teidigen? Es kommt dem Parteivorstand der SPD. bei seiner Wehr- politik darauf an, die sozialdemokratischen Arbeiter fest für die sozial- imperialistische Politik und die Politik des 4. August zu gewinnen. Dem dienen auch die zwei weiteren oben angeführten Abänderungen.

An dem grundsätzlichen Inhalt des Wehr- programm ist nichts geändert worden. Es bleibt ein offenes Programm des brutalen unverhüllten Sozial-Imperialismus, wie es bisher in der Sozialdemokratie noch nicht da war. Jeder Klassenbewußte Arbeiter, der die Politik des 4. August ablehnt und den Kampf gegen ein imperialistisches Deutschland — für ein sozialisti- sches Deutschland will, der muß mit der Sozialdemokratie brechen und sich in die Reihen der kommunistischen Partei einschließen.

Verantwortlich: für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für den Betrieb und den Vertrieb: Wilhelm Bielow, für den Vertrieb: „Geld“ und die weiteren Verleger: Alfred Dornow, Ludwig in Breslau. — Für den ober- schlesischen Teil Gerhard Schulz, Gleiwitz. — Für den unter- schlesischen Teil Gerhard Schulz, Gleiwitz. — Für den unter- schlesischen Teil Gerhard Schulz, Gleiwitz. — Für den unter- schlesischen Teil Gerhard Schulz, Gleiwitz.



29. und 30. Juni 1929 im Poststadion
Schlesische und oberschlesische Arbeiter-Sportvereine
senden Delegationen zu diesem großen
Tag des internationalen Arbeitersportes

Im Rahmen des 14. Kreisfestes des 1. Kreises A. u. S. veranstalten die Groß-Berliner Arbeiter-Tennisspieler in der Zeit vom 25. bis 30. Juni ein internationales Tennisturnier.

Bürgerlicher Sport und bürgerliche Presse

Einem Geschäftsbericht des (bürgerlichen) Mittelschichtlichen Fußballverbandes entnehmen wir: Gerade die sachliche Berichterstattung mancher (1) Tageszeitungen gibt uns jedoch Veranlassung, hier ausdrücklich festzustellen, daß die Art (1) der Berichterstattung gar oft den Vereinen gegenüber von Bedingungen abhängig gemacht werden, deren Erfüllung in der augenblicklichen Notlage unserer Vereine auf die Dauer zur Unmöglichkeit wird.

Ausschreibung für das Bahnradschlepprennen des Bezirks am 14. Juli

Da uns die Radschlepp-Union ihre neu erbaute Radschleppbahn in Breslau-Rittenthal für unsere Veranstaltungen zur Verfügung stellt, veranstaltet die Bezirksleitung am 14. Juli um 16 Uhr einen großen Rennstag.

Ausschreibungen zu den leichtathletischen Wettkämpfen im Stadion am 23. Juni

Jugendmannschafts-Dreikampf: 100-Meter-Lauf, Kugelstoßen 5 Kilo, Weitsprung. Jede Mannschaft besteht aus sechs Sportlern. Die sechs Zeitbesten aus dem Jugendmannschaftslampf treten zum Endlauf für 100 Meter an.

Spielvereinigung 1921. Mittwoch 20 Uhr in der „Erholung“ Vorstandssitzung.

Berein für Körperpflege Herrmannsdorf. Freitag, 20 Uhr: Monatsversammlung bei Gade. Freie Kanuvereinigung. Heute Montag: Vorstandssitzung.

Dels. Vom Kartell. Am 17. Mai hielt das Kultur- und Sportkartell seine Monatsversammlung ab. Unter Eingängen wurde die Einladung der Bernstädter Sportgenossen zur diesjährigen Raft-Boote, für den 18. Juni, behandelt.

Sport vom Sonntag

Fußball

In der Fortsetzung der Serienspiele brachte auch der gestrige Sonntag die üblichen Überraschungen. Die größten sind wohl die, daß Hertha gegen Wader verlor und damit 1924 die Spitze abgibt.

Wader I - Hertha I 2:0. Wader hat eine kleinen Vorteil, und es gelingt dem Halblinken durch scharfen Schuß, das Führungstor zu erzielen. Bis Halbzeit klären immer wieder die Torleute beider Mannschaften die schwierigsten Situationen.

Südost I - Tasmania I 3:2. So leicht, wie es das Resultat besagt, gab sich Tasmania nicht geschlagen. Bis zur Halbzeit steht es 4:1. Nach Wechsel ist Südost überlegen.

1924 I - Freiheit I 6:0. Vom Anstoß aus macht sich eine Ueberlegenheit von 1924 bemerkbar, die in zwei Toren bis zur Halbzeit zum Ausdruck kommt.

Stern I - Dels I 4:0. Kurz vor Halbzeit erzielt der linke Käufer durch weiten Schuß das erste Tor für Stern. Nach Wechsel ist Dels zunächst überlegen.

Wader I - Silesia-Riders I 1:1. Nach kurzer Zeit ist es der Einrückende von Wader, der zum 1:0 einsetzt.

Sturm I - Wader I 9:1. Mit dem Ansturm des Meisters steht auch seine Ueberlegenheit fest. In kurzen Minuten des Spieles werden zwei Tore erzielt, die jedoch wegen Weits nicht gegeben werden.

Dsmiw I - Bratislawia I 4:1. Schwer hat die Hintermannschaft von Dsmiw zu arbeiten, um die Angriffe des Gegners abzuwehren.

Einigkeit I - Sparta I 4:2. Konnte die zweite Mannschaft Sparta einen überlegenen 6:1-Sieg erringen, so enttäuschte die erste ihre Anhänger sehr.

Wet I - Falke I 4:2. Eine unnötig scharfe Note brachte Falke in dieses Spiel, so daß sich der Schiedsrichter gezwungen sah, kurz vor Schluß abzubrechen.

Bezirksverbandsmeisterschaft im Handball

Nach einigem Hin und Her gelingt es dem Mittelstürmer Mochnerns, das Führungstor zu erzielen. Durch diesen Erfolg ermuntert, drückt Mochnerns mächtig auf Tempo.

- Weitere Handballergebnisse: Männer A-Klasse: Ganda I - 6. Abt. I 5:10 (4:7); Pojeidon I gegen 1. Abt. I 2:0 (0:0); 5. Abt. I - 2. Abt. I 2:1 (0:0).

Leichtathletische Mannschaftsmeisterschaften der Arbeiterathleten

Freie Sportvereinigung 1897 vierfacher Bezirksmeister Der Bezirk-Breslau des Arbeiter-Athletenbundes brachte am gestrigen Sonntag auf dem Linke-Hofmann-Sportplatz seine diesjährigen Bezirksmeisterschaften im Leichtathletik zum Austrag.

Männer-Fünfkampf: Bezirksmeister der A-Klasse Freie Sportvereinigung 1897 798 Punkte; Sportvereinigung Nordost 03 676 P.; Sportklub Hercules-Brig. 647 Punkte.

Frauen-Mannschaftsläufe der Freien Turnerschaft Breslau

Im Stadion wurden gestern zum ersten Male die leichtathletischen Wettkämpfe der Freien Turnerschaft Breslau e. V. bei guter Beteiligung abgewickelt. Die Leistungen waren zufriedenstellend.

Ostdeutsche Meisterschaft im Mannschaftsringen

Die Gruppe Ostdeutschland des Arbeiter-Athletenbundes brachte am letzten Sonntag ihre Gruppenmeisterschaft im Mannschaftsringen zum Austrag.

Kreismeisterschaften im Handball

Am Sonntag, den 2. Juni, feiert die Kreismeisterschaft im Handball auf dem Gohlplatz in Ganda. Zu spielen haben: von 9-10 Mochnern I (1. Bez.)-Gandberg I (4. Bez.), von 10-11 Grösch I (2. Bez.)-7. Abt. F. D. (Pflichtspiel), von 4-5 nachm. Grösch I-Sieger Spiel 1.

Sitzung der Frauentrurnmarte. Am 12. bis 24. August findet an der Bundeschule in Leipzig ein Kursus für männliche Vereinsturner statt.

Fußballsparte. Schiedsrichterausschuß. Der vierte Kurstag findet nicht am Mittwoch, dem 29. Mai, sondern am Donnerstag, dem 30. Mai, zur selben Zeit und in demselben Lokal statt.

„Frisch auf“-Motorräder
Die Maschine der Zukunft — steuer- und Führerscheinfrei — mit dem original weltberühmten Jap-Motor, bestes engl. Burmanngetriebe, beste engl. Ketten, rassige moderne Form, eleganter Sattel-Tank
Mk. 850.-
Die ideale Seitenwagen- und Sport-Maschine, 550 ccm, mit dem berühmten 3-ventiligen Küchenmotor, rassige Form, moderner Sattel-Tank, Doppel-Rahmen, komplett mit elektrischem Licht, Horn, Sozius-Fußraste, Tachometer, Bezinstandmesser
Mk. 1350.-
Fahrradhaus „Frisch auf“
Breslau :: Nikolaistraße 16

Die Lehren der Maikämpfe und die nächsten Aufgaben der KPD.

Resolution der Sitzung der Erweiterten Berlin-Brandenburger Bezirksleitung der KPD.

Die internationale Bedeutung der Maikämpfe

** Die Bezirksleitung stimmt der vom ZK. in den Thesen über die Bedeutung und Lehren der Berliner Maikämpfe gegebenen politischen Beurteilung dieser Kämpfe vollinhaltlich zu.

Die Maikämpfe bestätigen die allgemeine Linie der politischen Entwicklung in Deutschland, wie sie von der Partei vorausgesagt wurde. Sie sind der Ausdruck einer gewaltigen Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes — auf dessen weitere Entwicklung sie außerordentlich beschleunigend wirken — und der Ausdruck der außerordentlichen Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem Weltimperialismus und dem sozialistischen System, der Sowjetunion.

Der Aufmarsch des Proletariats am 1. Mai in den kapitalistischen Ländern stand im Zeichen der unmittelbaren Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gegen die Sowjetunion. Der Verlauf der Reparationsverhandlungen in Paris, deren Zweck die festere Einreihung des deutschen Imperialismus in diese Front ist, charakterisiert die Verschärfung des Gegensatzes zwischen der Sowjetunion, dem Weltproletariat einerseits und der Weltbourgeoisie andererseits. Der Kampf gegen das Proletariat wird in allen kapitalistischen Ländern von der Bourgeoisie immer mehr unter dem Gesichtswinkel der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion geführt. In der gleichen Weise wie die Aggressivität der Imperialisten gegen die Sowjetunion zunimmt, steigt auch die Aggressivität in der Unterdrückung und Niederwerfung der Arbeiterklasse des eigenen Landes. Die Brechung des revolutionären Kampfeswillens des Proletariats, des Willens zur Verteidigung der Sowjetunion, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Beginn des imperialistischen Raubkrieges gegen die Sowjetunion. Deshalb wurde nicht nur in Berlin, sondern auch in Paris und Warschau von der Bourgeoisie der Versuch unternommen, revolutionäre Demonstrationen des Proletariats am 1. Mai durch brutale Einsetzung des Machtapparates der Bourgeoisie zu verhindern und die kommunistische Partei, die revolutionäre Führerin der Massen, niederzuschlagen. Die deutsche Bourgeoisie entwickelt sowohl in dem Versuch der Niederschlagung der Arbeiterklasse als auch in der Hetze gegen die Sowjetunion im Augenblick eine verstärkte Aktivität (Protokolle der deutschen Regierung gegen die Maikundgebungen in der Sowjetunion, Pressehetze gegen die Sowjetunion).

Während der Imperialismus seine Kräfte mobilisiert, wachsen auch die Kräfte des Proletariats. Auf die Berliner Maikämpfe antwortete das Proletariat der Sowjetunion mit kraftbewußten Demonstrationen in Leningrad und Moskau, das Proletariat in Wien, Prag, Kopenhagen und Newyork mit Solidaritätskundgebungen. Die Berliner Maikämpfe sind deshalb von internationaler Bedeutung. Sie sind zugleich ein Akt der Verteidigung der Sowjetunion.

Der politische Inhalt der Kämpfe

Die Berliner Ereignisse stellen einen gewaltigen Zusammenstoß der Klassen in der bisher in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus schärfsten Form dar. (Zum erstenmal seit 1923 in Deutschland politische Streikbewegungen und Solidaritätskämpfe, Kampfformen des Bürgerkriegs, Barrikaden.) Dieser Zusammenstoß entsprang einerseits der internationalen und innenpolitischen Lage der Bourgeoisie, der Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche, infolge der kapitalistischen Rationalisierung (Herauspressung der Reparationslasten aus den verkräftigten Massen, Lohndruck und Forderung der Unternehmer nach Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden, Angriffe auf die gesamte Sozialversicherung, Forderung nach neuen Ermächtigungsgesetzen, Koalitionspolitik, faschistische Entwicklung, Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion), andererseits dem revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung, der Radikalisierung des Proletariats, dem Vormarsch der kommunistischen Partei.

Die Berliner Kämpfe vom 1. Mai waren durch die ganze vorhergehende politische Entwicklung bedingt. Die Entwicklung seit dem Herbst 1928 ist in Berlin durch den ständigen Vormarsch der kommunistischen Partei, die siegreiche Durchführung der roten Betriebsrätewahlen, die Zurückdrängung der Sozialdemokratie, die Rebellion der Mitglieder und die Zersetzung innerhalb der Sozialdemokratie gekennzeichnet. Berlin zeigte sich in allen politischen Bewegungen der letzten Jahre (Fürstenkampagne, Reichstagswahlen im Mai 1928, Stahlhelmtag, Reichstreffen usw.) als das größte revolutionäre Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung.

Der politische Inhalt der Berliner Maikämpfe ist einerseits durch den revolutionären Charakter des Massenkampfes, durch den sich verstärkenden Kampfwillen der Arbeitermassen, der in dem Umfang der Straßendemonstrationen, in dem zähen Widerstand gegen die Polizei und in der Durchführung politischer Streikbewegungen zum Ausdruck kam, und durch die Solidaritätsbewegung im ganzen Reich und andererseits durch den bewaffneten Überfall der bürgerlichen Staatsgewalt auf die Arbeiterschaft, durch die leitende Rolle der Sozialdemokratie bei der Organisation und Eröffnung des Bürgerkrieges gegen das Proletariat gekennzeichnet.

Das Charakteristische der gegenwärtigen Bewegungen besteht in dem vorwiegend politischen revolutionären Charakter des Kampfes, in der Tatsache, daß die Arbeitermassen unmittelbar den politischen Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt führen. Im Zusammenhang mit diesen revolutionären Massenbewegungen (Massendemonstrationen, politische Streikbewegungen) wenden die Arbeitermassen Methoden der revolutionären Verteidigung des Proletariats an (Barrikaden zur Abwehr der Polizeiüberfälle).

Die Arbeiter am Wedding und in Neukölln haben vollkommen richtig gehandelt, daß sie zur Abwehr der Polizei Barrikaden errichteten und diese verteidigten. Jedes offene oder versteckte Abrücken von diesen Kämpfern ist ein Verrat an Proletariat.

Die Grundform der Massenbewegung anlässlich der Berliner Maikämpfe war die Führung von Demonstrationen und politischen Streiks. Die Schwäche der Bewegung waren die beschränkte Ausdehnung und der ungleichmäßige Charakter der Streikbewegung, die sich aus einer Reihe von Ursachen erklären.

Ebenso wie zu Beginn der Welle ökonomischer Kämpfe (1927) die Arbeiter in einzelnen Betriebsabteilungen, Betrieben

und Orten den Kampf aufnehmen, und erst im Prozeß der Steigerung dieser Bewegungen größere Streikbewegungen durchgeführt wurden, so entwickelt sich auch gegenwärtig die politische Massenstreikbewegung, im Anfangsstadium als Teilbewegungen in einzelnen Betrieben, die aber vorbildlich und die notwendige Voraussetzung für die Verbreiterung und Vertiefung des politischen Massenkampfes sind. Daß die Arbeiter der entscheidenden Großbetriebe in dieser Situation noch nicht den politischen Streik durchführten, erklärt sich in der Hauptsache aus dem starken Druck des Trustkapitals und seines reformistischen Funktionsapparates sowie aus dem Fehlen größerer Kampferfahrungen in der unmittelbaren Vergangenheit, insbesondere bei großen Teilen der Berliner Metallarbeiter, und in der Schwäche unserer Betriebszellenarbeit.

Die Rolle der Sozialdemokratie

Die bürgerliche Demokratie, das System des Massenbetrugs und der Beherrschung der Massen durch parlamentarische Methoden, hat auf Grund der Verschärfung der Klassengegensätze bankrott gemacht und erweist sich je länger je mehr als untauglich zur Aufrechterhaltung und Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie ist in ihrer Gesamtheit zu einem unlöslichen Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft geworden. Breite Funktionskreise der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaften sind fest mit dem Staatsapparat der Bourgeoisie verwachsen. Der Parteiapparat der SPD. und der Apparat der reformistischen Gewerkschaften sind selbst zu einem Teil des Unterdrückungsapparates, zu Propaganda- und Exekutivorganen des kapitalistischen Staates in der Arbeiterklasse geworden (Kriegshetze der SPD. gegen die Sowjetunion, Propaganda für imperialistisches Wehrprogramm, Unterdrückung und Abwägung von Streiks, Reichsbanner zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiter und so weiter.)

Die Umwandlung von einer reformistischen in eine sozialfaschistische Partei ist begleitet von einer sozialen Umschichtung der sozialdemokratischen Mitgliedermassen (Abwandern von Arbeitern, Hineinströmen kleinbürgerlicher Massen in die SPD.). Die demokratischen Phrasen verschwinden aus der Terminologie der SPD. An ihre Stelle treten faschistische, wie die „Autorität des Staates über den Klassen“, usw. Die Sozialdemokratie entwickelt sich zu einer sozialfaschistischen Kampforganisation der Bourgeoisie.

In den Maikämpfen unternahm die Sozialdemokratie im Auftrage der Bourgeoisie den Versuch, die kommunistische Partei und die revolutionären Arbeitermassen zu provozieren, sie zum vorzeitigen bewaffneten Aufstand herauszulocken, um sie von den breiten Arbeitermassen zu isolieren und niederzuschlagen, der gesamten Arbeiterklasse eine Niederlage zu bereiten und es der Bourgeoisie zu erleichtern, ungehemmt ihre Politik der Unternehmeroffensive, der Massenausplünderung durch Steuern und Wucherzölle, die Politik der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion durchzuführen.

Daher die planmäßig durchdachte Vorbereitung des Maikampfes (Demonstrationsverbot in Berlin, bei gleichzeitiger Aufhebung des Verbots an anderen Orten, bewaffneter Überfall der Schutzpolizei am 1. Mai auf die demonstrierenden Arbeiter, auf die Versammlung der Rohrlieger und die proletarischen Wohnquartiere Neukölln und Wedding, die Verhängung des Belagerungszustandes über diese und ihre Verwendung in Kriegsschanzplätzen, faschistische Arbeitermorde, Pogromhetze des „Vorwärts“ gegen die Kommunisten usw.)

Die Liquidatoren des Kommunismus, die in ihren Argumenten gegen die Politik der Partei mit der Sozialdemokratie vollkommen übereinstimmen, haben sich in dieser Situation, in der das Proletariat und seine revolutionäre Partei den heftigsten Angriffen vonseiten des Klassenfeindes ausgesetzt war, als Helfer der Bourgeoisie erwiesen, sie lieferten der Sozialdemokratie die Argumente zum Kampf gegen die kommunistische Partei und forderten von der Partei, daß sie sich ihre Taktik des Kampfes vom Gegner vorschreiben lasse (Forderung Thalheimers und Urbahns, an den Versammlungen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie am 1. Mai teilzunehmen, was auch von den Versöhnlern — Brief Ernst Meyers — gefordert wurde, was praktisch auf den Verzicht der Partei, Demonstrationen zu organisieren, hinauslief, Forderung der Urbahns-Gruppe auf Auflösung der Schupo und ihre Ersetzung durch eine Miliz, statt Zertrümmerung des kapitalistischen Staates und seines Staatsapparates und dessen Ersetzung durch den proletarischen Staat, durch die Diktatur des Proletariats.

Die Erfolge der Partei bei den Maikämpfen

Auf die Terrormaßnahmen der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie antwortete die Partei mit der Mobilisierung der Massen zu Demonstrationen auf der Straße, auf den blutigen Überfall der von der Sozialdemokratie geführten Polizei auf das Proletariat mit der Proklamierung des politischen Massenstreiks. Die Erfolge, die die Partei bei der Durchführung dieser Politik erzielte, bestätigen deren Richtigkeit.

Die Aufgabe der Partei bestand darin, die Arbeitermassen zum Kampf gegen die Politik der Bourgeoisie und ihrer Sozialdemokratie zu mobilisieren, den organisierten Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt, wie er in den Straßendemonstrationen, in der Durchbrechung des Verbots und im Widerstand gegen den Polizeiterror zum Ausdruck kam, zu leiten. Der Maßstab für die Kampfkraft der Arbeitermassen waren der zähe Widerstand gegen den Polizeiterror sowie die Durchführung des politischen Streiks und die Schaffung und Stärkung der Einheitsfrontorgane (Arbeiterdelegiertenkonferenzen, Maikomitees). Der Einheitsfront der Bourgeoisie, ihres Staatsapparates plus Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie, stellte die Partei die Einheitsfront der Arbeiterklasse entgegen. Die Einheitsfrontorgane zur Mobilisierung und Organisation der breiten Massen erhielten in dieser Situation eine außerordentliche Bedeutung.

Die Maikämpfe bilden in ihrer Gesamtheit einen großen Erfolg des Proletariats und der kommunistischen Partei. Dieser Erfolg besteht darin, daß:

1. Die Massen die Straße erkämpften und behauptet haben

2. Im Widerstand und Gegenangriff gegen die Polizei eine höhere Stufe des Klassenkampfes für die gesamte künftige Entwicklung erreicht wurde.

3. Politische Teilstreiks in Berlin und in den wichtigsten Industriegebieten zur Durchsetzung der politischen Forderungen durchgeführt wurden und die Solidaritätsaktionen im ganzen Reich auf breiterer Basis entfaltet werden konnten.

4. Das Ansehen, die Autorität, der Einfluß der KPD. als der einzigen Partei der Arbeiterklasse gewaltig gestiegen sind.

5. Die Sozialdemokratie vor dem gesamten Proletariat als Partei des Arbeitermordes, der Provokationen und des Polizeiterrors rascher und gründlicher als je zuvor entlarvt wird.

6. Das Selbstbewußtsein, das Kraftgefühl und die Aktivität der Arbeiterklasse außerordentlich gewachsen sind und neue Kampferfahrungen gesammelt wurden.

7. Die Bildung der Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Dreißend Unternehmer, Staat und Reformismus weitere Fortschritte gemacht hat (Bildung von Maikomitees in Berlin, Durchführung von Delegiertenkonferenzen mit 380 Delegierten aus 202 Betrieben mit 139 000 Arbeitern.)

Die Maikämpfe bilden den Ausgangspunkt für neue, weit größere, und mächtigere Kämpfe und schaffen die günstigsten Voraussetzungen für den stärksten Vormarsch der kommunistischen Partei.

Die Mängel und Schwächen der Bewegung

Im Zusammenhang mit den Kämpfen des 1., 2. und 3. Mai und mit ihrer Führung zeigten sich in der Partei erhebliche Mängel und Schwächen. Diese Mängel und Schwächen haben vor allem ihre Ursache darin, daß Teile der Partei den Charakter der außerordentlichen Zuspitzung und Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes in dieser Periode und die Notwendigkeit der Wendung in unserer Taktik noch nicht genügend erkannt haben.

Die Partei erkannte in ihrer Gesamtheit nicht mit der notwendigen Schärfe, daß jede Bewegung des Proletariats von der Partei organisiert und geführt werden muß, und daß der Kampf des Proletariats am 1. Mai als revolutionäre Massenaktion von größerer politischer Bedeutung war als die vorangegangenen Kämpfe.

Die Partei war deshalb noch zu sehr auf die „traditionelle“, vollständig legale Organisation der Maikundgebungen der vergangenen Jahre eingestellt. Infolgedessen war die Partei nicht überall imstande, ihre führende und organisierende Rolle unter den veränderten Bedingungen des Kampfes am 1. Mai zu erfüllen.

Die von der Partei durchgeführte Linie der Mobilisierung der Massen, die Verlegung des Schwerepunktes auf die Einheitsfront von unten, wurde in vollkommen ungenügender Weise in den Betrieben und den proletarischen Massenorganisationen durchgeführt. Nur in einem Bruchteil der Betriebe wurden Maikomitees auf Grund der Stellungnahme der Belegschaften gebildet. Die Wahl von Delegierten zu den leitenden Einheitsfrontorganen, Maikomitees, Delegiertenkonferenzen usw. erfolgte in der Hauptsache nicht auf breiterer Massenbasis in Betriebsversammlungen usw.

Als es galt, die Bewegung von der Demonstration am 1. Mai zu politischen Streikbewegungen überzuleiten, schwankten einzelne Kommunisten in den Betrieben und bezogen offene opportunistische Fehler (Zurückweichen vor der Sozialdemokratie, Ausweichen vor der Frage des politischen Massenstreiks). Statt im eigenen Betrieb alle Kräfte einzusetzen, um die Streikbewegung zu entfalten, glaubten manche Genossen sich hinter der Tatsache verschanzten zu können, daß die Verkehrsarbeiter den Streik nicht durchführten. Das ist eine absolut mechanische und opportunistische Einstellung zur Vorbereitung und Durchführung von Streiks.

Diese Schwächen erzeugten bei Teilen der Partei und der Arbeiterschaft die Auffassung, daß unbewaffnete Demonstrationen nicht mehr möglich seien, und Demonstrationen in Zukunft nur noch bewaffnet oder unter bewaffnetem Schutz durchgeführt werden könnten. Die Anwendung solcher Methoden gegen den Polizeiterror ist abhängig von dem Reifegrad der allgemeinen revolutionären Entwicklung, insbesondere der Entwicklung der politischen Massenstreikbewegungen und der Bildung und dem Einfluß der Organe der proletarischen Einheitsfront. Die Auffassung, daß die Vorhut bewaffnete Kämpfe gegen die Polizei führen könne, während die entscheidenden Schichten der Arbeiter in den Betrieben arbeiten, ist unrichtig.

Als besondere Mängel zeigten sich:

a) ungenügende ideologische und organisatorische Vorbereitung des politischen Massenstreiks vor dem, während des und nach dem 1. Mai;

b) das Fehlen eines genauen, elastischen, auf alle Möglichkeiten des Kampfes eingestellten organisatorischen Planes der Bezirksleitungen und Verwaltungsbezirksleitungen;

c) in vielen Betrieben entfalteten die Zellen und die roten Betriebsräte nicht das Höchstmaß der Kampfkraft der Arbeiter. Manche Genossen erkannten nicht, daß auch dann, wenn in der gegenwärtigen Situation der allgemeine Streik im Betrieb noch nicht durchgeführt werden konnte, durch die revolutionäre Mobilisierung der Belegschaft die Voraussetzung für die Durchführung künftiger, politischer Streikbewegungen geschaffen werden muß;

d) das Fehlen organisierter Trupps, die die demonstrierenden Massen leiten, den Schutz der Redner übernehmen und die Sprengung der Demonstrationen durch Polizeiüberfälle verhindern mußten;

e) nicht genügende Initiative der Leitungen in der organisierten Vorbereitung der Maidemonstrationen und nicht genügende Initiative und Manövrierfähigkeit (rasche Entscheidung bei wechselnder Lage);

f) mangelnde Durchführung der Parteibeschlüsse und mangelnde Kontrolle durch die Leitungen;

g) ungenügende Verbindungen und Informationen der einzelnen Bezirke untereinander und durch die zentrale Leitung;

h) der Agitpropapparat war nicht genügend auf die schnelle Massenmobilisierung und auf die Anwendung veränderter Agitationsmethoden eingestellt (Propagierung revolutionärer Lösungen durch Entfaltung von Fahnen, Transparenten, Sprechchören, Redner, Agitatoren usw.).

Breslau

Ein neues Klaffenurteil gegen die „Arbeiter-Zeitung“

Am Sonnabend fand unserer früherer verantwortlicher Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Genosse **Julia**, wegen **Verleumdung** vor dem Schöffengericht. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung zu 200 Mark Geldstrafe. Auf die Einzelheiten der Verhandlung, die aufs neue die reaktionäre Einstellung der Justiz gegen die kommunistische Presse bewies, kommen wir morgen ausführlich zurück.

Schießheld Gupta kommt vor das Reichsgericht!

Zu unserem Artikel „Schießheld Gupta freigesprochen“, in dem wir verlangten, daß von der Staatsanwaltschaft Revision gegen das Urteil eingelegt werde, teilt uns die hiesige Justizpresse mit, daß der Oberstaatsanwalt in Dess gegen das freisprechende Urteil des Schwurgerichts in Dess vom 3. d. M. Revision eingelegt hat. Das Urteil unterliegt also in rechtlicher Beziehung noch der Nachprüfung des Reichsgerichts.

Noch einmal der Mayer

Ein hiesiges Wochenblatt brachte vorige Woche eine Meldung, wonach der frühere Stadtdirektor Mayer nach seiner Straftat erstens in der städtischen Holzpolierfabrik und zweitens in der städtischen Friedhofverwaltung beschäftigt worden wäre. In diesem Zusammenhang wurde auch unsere Notiz „Was macht der Mayer“ als unrichtig bezeichnet. Neuerliche Ermittlungen haben jedoch noch einmal die Richtigkeit unserer Angaben bestätigt. Das Wochenblatt hat den früheren Stadtdirektor Mayer wahrscheinlich mit einem Friedrichsohnspolier gleichen Namens verwechselt.

Wieder eine Feldentat

Auf dem **Wahsplatz** auf der **Langen Gasse** wurden am Sonnabend fünf **Proschkären**, „Die blutigen Maitage in Berlin“ beschlagnahmt.

Razzia auf Kraftfahrzeuge

Gestern Sonntag wurden an den Ausfallstraßen aus Breslau (Parlitz, Gräßlicher Straße, Osener Straße, Schmiedefeld und Rosenthal) 942 Kraftfahrzeuge revidiert und 48 beschlagnahmt wegen ungenügender Schalldämpfung, Fehlen von Papieren oder der Zulassung.

Und das ist ein „Linxer“

Ueber „Proletariat und Strafrechtsreform“ sprach am Freitag im Gewerkschaftshaus der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete **Rosenfeld**. Nach einem Rückblick über „verpönte Gelegenheiten“ begrüßte er als Hauptpluss des neuen Strafrechtswurfs die Abschaffung der Todesstrafe. Bei Schilderung der Anschuldigungen fehlte es nicht an boshaften Ausfällen nach links; die Gründe anzugeben, weshalb die Kommunisten gegen verschiedene Forderungen stimmten, schien der Redner für überflüssig zu halten. Hinterher kam die erbauende Mitteilung, daß die Abschaffung der Todesstrafe noch keineswegs gesichert ist, die Endabstimmung findet erst nächstes Jahr statt! Wahrscheinlich wird ein Kompromiß geschlossen werden, und zwar auf Kosten des Gotteslästerungsparagraphen und der Paragraphen 218/19. Eine Ungeheuerlichkeit, wenn man in Betracht zieht, daß gerade durch den Abtreibungsparagraphen jährlich Tausende wertvoller Frauen um Leben und Gesundheit gebracht werden. Von einem Disziplinarredner hingewiesen auf die ungeheuer verschärften Strafen für politische Delikte, erwiderte er, daß sei nicht so schlimm, dafür seien die Strafen für kriminelle Vergehen gemildert. Der Margist Rosenfeld äußert verächtlicher Klaffen gegenüber, stehen in der grade die politischen Delikte große Bedeutung erlangen. Ein anderer Disziplinarredner machte den größten Vorschlag, den reaktionären Richtern dadurch zu begegnen, daß SPD und Gewerkschaften durch größere Mittel für Studium von Arbeitern verjuchen, die „Reihen der wenigen sozialdenkenden Richter zu verstärken“. Warum will

man nicht bald warten, bis die Reaktionen ausgefordert sind. Das ist ein ähnlicher Weg!

Der Abschluß der Chemikertagung

Sonnabend morgens führten Sonderzüge etwa 1000 Chemiker von Breslau nach Oberschlesien, wo die größten Werke in Oppeln, Cosel, Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen in einzelnen Gruppen besucht wurden. Selbstverständlich direktive Führungen, mit pflichtgemäßer Bewunderung der Technik der Betriebe, aber natürlich ohne Interesse für die Lage der in ihnen Beschäftigten Arbeiter.

Nach Abschluß der Besichtigungsfahrt trafen sich die Chemiker in Beuthen OS. und traten hier im Schützenhaus zur Schlußsitzung zusammen. Neben einigen Behördenvertretern sprach Prof. Dr. Duimede, Hannover, über „Die Erfolge und Probleme chemischer Forschung“. Er schilderte die Erfolge und Probleme chemischer Forschung auf den Gebieten der Brennstoffverarbeitung, der Metallurgie und der Baustoffe, und erörterte den Erfolg der alten Kofffeuerung durch Stabdöhlen, Gas- und Delfelung. Die vielbesprochene Kohleverflüssigung der Leunawerke, bei der petroleum- und benzinarartige Oele durch Hochdruckdestillation der Kohle unter Einwirkung von Kohlenwasserstoffen gewonnen werden, ist der Erfolg dieser chemischen Arbeiten. Ihnen schließt sich die Herstellung des Holzgas aus Wassergasen an und ebenso die Fabrikation weicherer alkoholischer Produkte, die für schneltrocknende Lacke und vielleicht auch für die Fabrikation des Kautschuks hohe Bedeutung haben. Der Redner ging dann zur Metallurgie über.

In einem Schlußwort dankte Prof. Dr. Duden nochmals für die Aufnahme, die die Chemiker in Breslau wie in Oberschlesien gefunden hätten.

Werbt für die Arbeiter-Zeitung

Heute Versammlung der erwerbslosen Frauen und Mädchen

in den **Hubertuskälen**, **Friedrich-Wilhelm-Straße 32**. Beginn pünktlich 15 Uhr. Thema: „Der Unterstrückungsraub an den erwerbslosen Frauen.“

Achtung, Notstandsarbeiter-Obente!

Montag 19.30 Uhr findet im Vereinszimmer des „Hubertuskälen“, **Friedrich-Wilhelm-Straße 32**, eine Sitzung der **Breslauer Notstandsarbeiterobente** statt. Jede Baustelle muß ihren Obmann oder dessen Vertreter zu dieser wichtigen Sitzung entsenden.

Polizeiliche Wochenstatistik. In der Woche vom 12. bis 18. Mai wurden 28 Personen in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert, darunter wegen: Mordes 1, Einbruchdiebstahls 3, Fahradiebstahls und Taschendiebstahls 5, Betruges 2, Unterschlagung 1, Hehlerei 2, Sachbeschädigung 1, „Arbeitscheu“ 4, Groben Unfugs 3, Stetsbrüchlichkeit 2, Schuppstahl 4.

Vorsicht mit Gift! Der Bezirksverein Breslau des Deutschen Drogistenverbandes ersucht um Aufnahme nachstehender Notiz: Es ist verboten, Gifte, Säuren und Laugen in Bier-, Wein-, Selter- und Limbflaschen, Töpfen und Krügen oder anderen für Genussmittel bestimmten Gefäßen abzugeben. Strafbar ist auch der Verkauf, der Gifte in solchen Gefäßen aufbewahrt und dadurch Unheil anrichtet. An Kinder dürfen Gifte nicht verkauft werden. Wir bitten unsere Kundschaft, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Die **Miete für Juni** ist, wie uns vom Magistrat mitgeteilt wird, dieselbe wie im Mai.

Die „Volkswacht“ lügt

weil sie den von ihrem Parteigenossen **Börgiebel** inszenierten Arbeitermord verteidigen muß. Unvoreingenommene Zeugen selbst aus den Reihen „überzeugter Republikaner“ bekunden die Wahrheit über die Vorgänge am 1. Mai! Informiert euch selber, kommt zum öffentlichen Diskussionsabend am Montag, 20 Uhr, Restaurant **3 o u d i l i d**, Königsgräber Straße 10. Eintritt frei!

Mittelschlesien

Selbstmord eines nebzehnjährigen Mädchens

Ein 17jähriges Mädchen in **Strehlen** war wegen der Sorgen, die in seiner Familie herrschten, zur Verzweiflung getrieben worden und beschloß, in den Tod zu gehen. Als sie sich mit einer Freundin auf dem Wege nach der Stadt befand, ging sie für einen Augenblick zur Seite, **lehnte** oder nicht wieder. Als die Freundin sie suchte, fand sie **Hut und Jacke** am Rande des in einem Steinbruch gelegenen Teiches. Das Mädchen hatte sich selbst in den Teich gestürzt. Seine Leiche konnte erst nach längerem Suchen gefunden werden.

Steinbof. „Wie ein Sozialdemokrat Arbeiterinteressen vertritt“. Vom Gemeindevorstand wird und geschrieben, daß es unwahr sein soll, daß der Ehefrau des Arbeiters die Armenunterstützung deshalb nicht ausbezahlt wurde, weil der Ehemann Arbeit verrichtet haben sollte. Wahr sei, daß die Ehefrau schon etliche Male die Unterstützung abhol, was dem Gemeindevorstand auffiel und sie mit dem Bemerkten vorgeschickte, der Mann möge selbst kommen, damit dem Gemeindevorstand Gelegenheit zu bieten war, dem Unterstützungsempfänger nimmere anheimzugeben (??), sich Arbeit zu besorgen. (Wie denn? Red.) Unwahr sei, daß der Unterstützungsempfänger mit „arbeitscheues Rad“ beschimpft wurde, aber wahr ist, daß einige andere auf sein nicht geradezu lobenswertes Verhalten (Was ist das für eine Spielbürgererei? Red.) bezügliche Schimpfwörter (Hört, hört! Red.) gefallen sind. Dem Unterstützungsempfänger sei das Geld regelmäßig jeden Sonnabend gezahlt worden, und sogar noch für eine Woche länger, in welcher der Unterstützungsbereits arbeitslos war. Weiterhin soll nicht stimmen, daß erst vor kurzem ein Kollege auf Grund solcher miserabler Verhältnisse zum Strich greifen mußte. Dieser hatte mit dem Gemeindevorstand gar nichts zu tun, da er im Arbeitsverhältnis stand und übrigens den ganzen Winter hindurch nur einige Wochen arbeitslos war.

Oplan. **Wollenbruch.** Am Sonnabendmittag ging hier plötzlich ein wolkenbruchartiger Gewitterregen nieder. Ganze Straßen waren vorübergehend unter Wasser gesetzt.

Brieg. Sie können sich nicht rehabilitieren. Doch fühlen sie sich in ihrer Ehre verletzt, die Herren Sozialdemokraten von Brieg. Deshalb brachten sie, wie zu erwarten war, in ihrer „Volkzeitung“ eine lebendige Erwiderung unseres Berichtes über die Futtermittelpolitik der SPD in den Gavernschaften. Mit einigen tabulistischen Zügen glauben diese Leute, die alle uns festgestellten Tatsachen verdecken zu können. Wer auch alle Mittel sind ihnen genahm, gegen den mitmaßlichen Berichterstatter der „Arbeiter-Zeitung“ vorzugehen. Das beweist so recht die letzte Kartellisierung des ADGB, auf die wir noch zurückkommen werden. Für heute beschränken wir uns darauf, die von uns festgestellten Tatsachen noch einmal festzunageln. Bisher hat man uns das Gegenteil noch nicht bewiesen.

Versammlungskalender

Roter Frauen- und Mädchenbund

Breslau
Mittwoch. Heute außerordentliche Mitteilungsversammlung, pünktlich 20 Uhr, im „Roten Löwen“, Kupferstraße. Thema: „Die Auswertung der verkümmerten Frauen“. Allen Genossinnen wird das Erscheinen zur Pflicht gemacht.



Fußquälerei
Hornhaut, Schwielen und Wunden
beseitigt schnell
sicher und unblutig **Kukirol**
Eine Packung Kukirol-Pflaster mit dem Garantie-Schmied
kostet 75 Pfg. Kukirol hilft sicher! Sie erhalten
bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!

Kukirol-Verkaufsstellen: Drogerie Breilkopf, Weinstraße 68/70; Drogerie Haus Glatzel, Rolenthaler Str. 24; Drogerie Haupt, Vorwerkstr. 41; Drogerie Hellmann, Gräßlicher Str. 117; Drogerie Kandler, Gräßlicher Str. 129; Drogerie Hegwer, Gräßlicher Straße 86; Drogerie Sabiers, Weinstr. 33; Drogerie Schuler, Friedr.-Wilh.-Str. 37; Drogerie Schulz, Vinzenzstr. 7 und Drogerie Tichorz, Trebnitzer Straße 16

BRENNENDE RUHR

Von **K. GRÜNBERG**

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolfstadt 12

Der dort postierte Mann erwachte aus seinem Halbdämmer nur, um im nächsten Moment von der geballten Ladung in Stücke gerissen zu werden. Die durch alle Fenster und Türen geschleuderten Handgranaten vollendeten dann in wenigen Minuten ihr Vernichtungswerk. Wandflächen stürzten ein, Decken prasselten nieder, und was dann noch von den durch schwere Verluste und reichlichen Alkoholgenuss aufs höchste erregten Soldaten mittels Kolben, Seitengewehren und Pistolenkugeln zum ewigen Schweigen gebracht.

Dann schleifte man die teilweise bis zur Formlosigkeit zerrissenen Leichname auf den Hof.

Ein junger Zeitschriftsteller stieg mit dem Absatz nach einem nur noch an Gleichschnecken baumelnden Kopf. „Ihr Hunde schießt mir meinen Hauptmann nicht noch einmal tot“, knirschte er mit glasigen Augen.

„Schade“, sagte gedankenvoll ein Offizier beim Anblick der Toten, „wir hätten sie doch lieber aushungern und dann zum Anschlag an uns bewegen sollen. Solche tapfere Kerle fehlen uns; daran dürft ihr euch ein Beispiel nehmen!“

Das war die einzige Leichenrede auf die namenlosen Leichen von Weikum, bevor man sie in einem flüchtig aufgeworfenen Massengrab lang- und klanglos verscharrte...

19. Kapitel

Seit langer Zeit hatte man in **Smertup** mal wieder ruhig geschlafen. Der in später Abendstunde von der Front zurückkehrende **Ruders** hatte noch im Volkshaus Bericht vom begonnenen Rückmarsch der roten Truppen erstattet, worauf der Volkshausrat sich gemäß der Regierungsforderung endgültig auflöste.

Eine tiefe Resignation war auch über die Radikalen gekommen. Die Bewegung war verpakt, jetzt kam es nur noch darauf an, keinerlei Vorwand zum Einmarsch des rachehungrigen Militärs zu geben.

Die am Sonntag in Essen zustande gekommenen Lohnvereinbarungen zwischen Zechenverband und Gewerkschaften schienen ge-

eignet, die Enttäuschung schneller überwinden zu lassen. Unter Tage sollte es pro Schicht 5,50 Mark mehr geben. Das war doch endlich mal ein annehmbares Angebot, das sicher auf den Schreck zurückzuführen war, den die Kumpels den Herren eingejagt hatten. Die vielgeplagten Bergarbeiterfrauen, die in den letzten schweren Wochen noch spitzere, gramverzerrtere Gesichter bekommen hatten, überschlugen bereits, wie sie mit dem Mehrverdienst die entstandenen Lücken und Löcher wieder ausstopfen würden.

Auch im Hause **Schapulla** wurde gerechnet. Schapullas waren immer für Ruhe und Ordnung gewesen, deshalb konnte im ganzen Ruhrgebiet niemand froher über die endliche Liquidierung des Bürgerkrieges sein.

Ihre Bilanz sah tröstlos genug aus. Frau **Schapulla** hatte ja zwar ihre Süppchen von Tag zu Tag wässriger gestaltet. Im übrigen gab es selten mehr was anderes als Kohlrübenlaffee und dünne Marmeladenschnitten.

„Kinder, ist das 'ne Zeit; das ist ja man grad so wie im richtigen Krieg; sollen sie doch endlich Schluß machen“, pflegte Herr **Schapulla** zu sagen, der es nie veräumte, seinen Gästen mittags die Zeitungsbereichte über die Lebensmittelschwierigkeiten um vorzulesen.

Alle saßen mehr oder minder dicht in der Kreide, da **Mutter Schapulla** — gewissenhaft, wie sie war — die Beträge in alter Höhe anrechnete. Das konnte man ja auch gar nicht anders bei diesen teuren Zeiten, und wo außerdem noch das halbe Haus leer stand. Acht Postgäste, darunter auch der möblierte Doktor, waren an der Front.

Viel Geld auf einmal sparen

Ist schwer! Aber Sie können leicht regelmäßig einen kleinen Betrag zurücklegen und auf die Sparkasse bringen. Bedenken Sie:

Viele Wenig machen ein Viel!

Städt. Sparkasse zu Breslau

Mutter Schapulla seufzte, wenn sie an all das frische junge Blut dachte, das so plötzlich hinaus in den Krieg gezogen war, von denen es noch nicht feststand, ob sie alle zurückkommen würden?

Um den Doktor hatte sie die wenigste Angst. Mit dem konnte nichts Schlimmes passieren! Seine große Bücherkiste bedeckte wohl allein schon die aufgesummte Miete. Aber bei den Kumpels?

Die meisten hatten ihre einzig brauchbaren Anzüge und Stiefel auf dem Leibe. Was ihre Kästen an geretzten Hemden und Papiertragen enthielt, war gar nicht der Rede wert.

Die neue Zulage eröffnete da einige Lichtblicke. Oh, man gönnte den armen Teufeln den höheren Lohn! Um so eher konnten sie doch ihre Schulden abbezahlen. Auch eine kleine Steigerung des Kostgeldes ließ sich nicht umgehen, zumal ja auch eine neue Kohlepreiserhöhung eintraf.

Herr **Schapulla** war eben damit beschäftigt, auf dem Hofe einige Körbe fauler Kartoffeln auszulösen, als plötzlich die **Alarm sirenen** zu heulen begannen.

„Was ist denn nun schon wieder los?“ **Schapulla** hatte diese **Alarm sirenen**, die allemal nur Böses ankündigten, ebenso fürchten wie Hasen gelernt. Sie sollten doch nun endlich einmal Ruhe geben und die Leute arbeiten lassen. Als aber die **Sirenen** unablässig weiterlärmten, wuschte er sich doch die Hände an seiner Schürze, zog die Jacke über und ging auf die Straße.

Die Leute standen in Gruppen vor den Häusern und machten ängstliche Gesichter. Mehrere, die er fragte, zuckten mit den Achseln, bis irgendwer die Kunde brachte: „Die **Kostes** kommen!“

„Das ist doch man bloß ein dieser **April scherz**“, sagte **Schapulla**; aber er fühlte doch, wie er blaß wurde. Wenn das wahr wäre, dann gab es neue Streiks mit Lohnausfall und Straßenkämpfen, und die Schuldenlast seiner Kostgänger konnte er endgültig in den Rauch schreien.

Ben Angst und Neugierde getrieben ging er nach dem Rathaus zu; aber je weiter er kam, um so erregter wurden die Menschen. Verprengte berichteten von dem heimtückischen Ueberfall bei **Buldingrath**. Zugleich kamen telephonische Meldungen von überall, daß die **Kostgänger** nirgends die Bestimmungen innegehalten, sondern auf der ganzen Front vordränge, und die Rückzugstraßen der roten Armee mit **Sperrefeuer** belegte.

„Wir sind verraten! Die Regierung, der **Senatrat** und der **Volkshausrat**, — alle sind Verräter und müssen aufgehängt werden!“ (Fortsetzung folgt.)

Waldenburger Bergland

Aus der Praxis der Vertrauensärzte

Am 16. Mai gesund geschrieben — am 23. Mai tot

A. R. Ein Kumpel, der schon über 20 Jahre zur Grube geht, ohne die ganzen Jahre überhaupt einmal krankgeschrieben zu haben, nahm am 8. Mai den Krantenschein und mußte bereits am 16. Mai zur vertrauensärztlichen Nachuntersuchung zu Herrn Kobemald. Dort wurde, trotzdem der Arbeiter festlich dem Arzt sein Leiden bekundete, der Arbeiter gesundgeschrieben. Nicht nur ihm ging es so, sondern weitere zwölf Mann wurden in dieser Form „abgefertigt“. Mit zerschlagenen und kranken Knochen mußte der Arbeiter, um nicht zu verhungern, die Arbeit wieder aufnehmen. Am 23. Mai wollte es mit ihm nicht wieder gehen; aber aus Angst, daß man sein Leiden doch nicht anerkennt, hat er, mehr stöhnend und kriegend wie arbeitend, die Schicht verbracht. Was sich zu Hause abgespielt hat, entzieht sich jetzt noch unserer Kenntnis, aber bereits um 20 1/2 Uhr wurde er als tot gemeldet.

Nun ist die Frage wohl berechtigt: Wer trägt die Verantwortung? Wenn der Kranke einem Schlaganfall erliegen soll, so hat sich dieses schon lange, so wochenlang vorher bemerkbar gemacht, dadurch, daß er über fast nicht ertragbaren Kopfschmerz klagte. Warum griff der Arzt nicht ein, oder der Vertrauensarzt, der ihn doch gewiss hastig untersuchen soll? Hier kam doch fest, daß der Blutandrang nach dem Kopf zu groß war und man dem Arbeiter helfen konnte durch Aderlaß oder Jostwaite. Es ist nicht unsere Aufgabe, dies oder jenes als helfendes Mittel zu behandeln. Was wir jedoch zu fordern haben, ist, daß diese Praxis ihr Ende erreicht, denn so kann es nicht mehr weitergehen. Wir verlangen, daß an der Leiche die genaue Todesursache festgestellt wird.

Herr Betriebsrat Budzinski, hast du vergessen?

Ein Bergmann schreibt: Betriebsrat Budzinski, hast du vergessen, daß du dich nicht darüber zu entrüsten brauchst, daß sich die Kumpel nicht mehr über den niedrigen Lohn, welcher am 15. gezahlt wurde, aufregen. Ueber die Kumpel, die sich über den Lohnrest aufregten, sagtest du, daß sei noch zuviel, noch weniger müßte es geben, damit die Arbeiter endlich zur Vernunft kämen. Du spielst also wieder mal den „Heiler“. Hast du denn ganz vergessen, daß du es gerade warst, der für den Abbruch des Streiks im Oktober stimmte, als es die Bonzen verlangten, und diesen elenden Schiedspruch, der von deinem „Lieben Genossen“ Wiffel für verbindlich erklärt wurde, mit annehmst? Weist du denn nicht, daß du mitteilungslos bist an der elenden Lage der Bergarbeiter?

Kameraden, erseht daraus, daß diese Leute, wenn es ihnen gerade einfällt, den Scheinradikalen zu spielen, aber nie konsequent sind. Nur oppositionelle Betriebsräte geben die Gewähr dafür, daß sie mit der Arbeiterschaft kämpfen wollen und werden.

Zu Tode verunglückt.

Im Betriebe der Saagen-Gottes-Grube verunglückte der 27 Jahre alte beiratete Bauer Max Fiebig aus Waldenburg tödlich. Seine Leiche konnte erst nach längeren Bemühungen unter den herein-gebrochenen Gesteinsmassen hervorgeholt werden.

Zwei weitere Grubenunfälle

Auf der Gustav-Grube in Rorchenbach wurde der Schlepper Arbeiter durch einen Wagen an die Kapplöhne gequetscht und

schwer verletzt. Auf der David-Grube wurde der Bauer Geisler durch ein herabfallendes Bergstück verletzt. — Kein Tag vergeht ohne schweren Unfall. Bergproleten, und was ist der Lohn?

Sozialdemokrat Roter-Mistegiersdorf wird von seinen Parteigenossen aus dem Lokal gewiesen!

Aus Mistegiersdorf wird uns geschrieben: Am Mittwoch, dem 22. Mai, abends, kam in unser Parteilokal „Hotel zur Sonne“ im betrunkenen Zustande der Schwertrugschädigte Eugen Roter; im Gefolge seine getreuen SPD-Brüder, die alle nicht mehr ganz „ohne“ waren. Als Roter an einem Tisch einen unserer Genossen und eine Genossin erkannte, stürzte er sich sofort mit einer wahren Wut und mit dem wütesten Schimpfereien auf sie. Wahrscheinlich ist ihm eine früher an ihm geübte Kritik in der „Arbeiter-Zeitung“ so an die Nieren gegangen, daß er nun glaubte, sich in diesem Zustande mal austoben zu können. Bezeichnend ist, daß sich dieser SPD-Genosse in seinem Trunk wiederholt selbst als Arbeiterverräter bezeichnet zum Gaudium aller Anwesenden. Ein wahres Wort, Roterchen! Die Anwesenheit seiner Getreuen gab ihm stolzen Mut, daß er unsere Genossin fortwährend bedrohte. Nur der sozialen Selbstdisziplin unseres Genossen war es zu verdanken, daß ihm nicht „handgreiflich“ etwas Bildung beigebracht wurde. Der im „Hotel Sonne“ angestellte Kellner, ein Sozialdemokrat, mußte ihm schließlich das Lokal verbieten, und als Roter nach einer Viertelstunde wieder einzudringen versuchte, besorgte er ihn gewaltsam zur Tür hinaus. Solche Elemente gehören in Anstalten, wo sie unter ständiger Kontrolle und Aufsicht sind. Der Mistegiersdorfer SPD-unser Weib, wenn sie keine besseren Parteifunktionäre aufbringt als wie solche vom Schlage des Roten!

Weißstein. Ein Volkskonzert der gesamten Bergkapelle findet auf dem Marktplatz in Weißstein am Montag, den 27. Mai, um 18.30 Uhr statt.

Oberes Revier

Das Pfingstgeschenk des Magistrats an die Mieter der städtischen Neubauten in Gottesberg

So mancher Prolet, der am Lohnstag wieder mit leeren Taschen von der Grube kam und nicht wußte, wovon er sich und seine Familie erhalten soll, erhielt dazu noch als „Extravergrößerung“ einen Zahlungsbefehl vom Amtsgericht Gottesberg zugestellt, und dies dazu noch am Sonntagabend vor den Pfingsttagen. Der in seiner Mehrheit aus SPD-Leuten bestehende Magistrat, wie Runge, Wansch und Schröter, weiß genau, daß die Mieter in diesen Neubauten für die Proleten unerträglich hoch sind; er schreckt aber nicht zurück, diese Mieter mit den sogenannten Umlagen für Licht und Flurbeseitigung zu belasten. Anders steht es aber bei unserem werten Stadtoberhaupt, dem Bürgermeister Weitzmann. Es wird behauptet, daß dieser Herr noch lange nicht soviel Miete zahlt, wie er an Wohnungszuschuß bekommt. Na, hoffen wir, daß bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen die Proleten sich besinnen und andere Vertreter wählen, indem sie nur Kommunisten wählen und den Vertretern der SPD den Laufpaß geben.

Ofen explodiert. In einer Wohnung am Gottesberger Markt explodierte plötzlich mittags der Kachelofen. Zum Glück wurde niemand verletzt. Der umherfliegende Ruß hat nicht unbedeutlichen Schaden angerichtet.

Niederschlesien

Görlitz

Eine feine Firma

Wie die Arbeiter und Angestellten ausgebeutet werden, das zeigt folgender Fall, der bei der Firma Gustav Knappe in Görlitz passiert ist. Ein Lehrling dieser Firma wurde drei Jahre lang in der unglaublichsten Weise ausgebeutet. Arbeit bis um 12 Uhr nachts war keine Seltenheit. Jedes Jahr sechs offene Sonntage, an denen das Lehrling meistens nicht die ihr zühörende Löhne erhielt. Bezahlt wurde in der ganzen Zeit auch nicht ein Pfennig für Heberkunden. Im Gegenteil, es erhielt die Angestellte zwei Monate lang ein Gehalt, das unter dem Tarif lag. Erst auf sehr nachdrücklichen Einspruch hin bewilligte Herr Knappe, den Tarif zu bezahlen, ohne jedoch die Differenz der zwei Monate bis heute nachgezahlt zu haben. Als die dreijährige Lehrzeit zu Ende war, wurde dem Mädchen ein „Vertrag“ vorgelegt, der u. a. folgende Punkte enthielt: 1. Das Gehalt ist unter Tarif (hat 77 Mark nur 71 Mark). 2. Die Angestellte verzichtet auf das ihr zühörende Gehalt während einer Krankheit. 3. Sie stellt 100 Mark Kaution, ohne dafür eine Zinsvergütung zu erhalten.

Herr Knappe ist gar nicht dumm. Auf diese Weise erhält man von seinen Angestellten kostenlos das Betriebskapital. Vielleicht wird Herr Köhne von der SPD wieder erklären, wir wachsen von Tag zu Tag mehr in den kapitalistischen Staat hinein. Als Beweis kann er dann angeben, daß die Angestellten immerhin schon mit ihrem eigenen Gelde ausgebeutet werden.

Die Angestellten sollten endlich einsehen, daß auch sie sich einreihen müssen in die rote Klassenfront. Hinein auch in den 3dA, kämpft dort mit der revolutionären Opposition um bessere Lebensbedingungen.

Sprottau

1000 Mark Belohnung

für die Ermittlung des Sprottauer Mörders

Amlich wird mitgeteilt: Der Regierungspräsident in Liegnitz hat für die Ermittlung des Mörders des Landwirts Karl Schöple in Klein-Küpper bei Sprottau eine Belohnung bis zu 1000 Mark ausgesetzt.

Goldberg

Überbende Obstlecken. Durch den verflochten strengen Winter haben die Obstlecken unseres Kreises außerordentlich gelitten. Die Kirichen sind fast ausnahmslos die Opfer des Winters geworden und blühen fast gar nicht. Die Walnuzbäume wollen über-

haupt nicht treiben. Hingegen ist die Birnen- und Apfelblüte gut.

Hagnau

Noch einmal der Polizeistandal-Prozess

Noch einmal wird die Erinnerung an den schließlichen Polizeistandal-Prozess, der seinerzeit die Gemüter in ganz Schlesien bewegte, wach. Dem Strafamt des Oberlandesgerichts Breslau wurde jetzt die vom Polizeikommissar Heike gegen das sehr milde Urteil der Liegnitzer Großen Strafkammer eingelegte Revision verworfen. Damit ist das Urteil endgültig bestätigt.

Liegnitz

Vom Tod auf der Straße überrascht

Auf der Synagogenstraße erlitt ein unbekannter Mann am Gerichtsgefängnis einen Gehirnschlag, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. Die Personalien des Toten konnten noch nicht festgestellt werden.

Aus dem Riesengebirge

Ein Kind totgefahren. Die Unfälle mancher Kinder, sich an fahrende Wagen anzuhängen, hat in Arnsdorf ein Todesopfer geordert. Der zwölfjährige Sohn des Lokomotivführers Beier hing sich an den Wagen eines Pferdegespanns, um ein Stück mitzufahren, sprang dann plötzlich ab und lief über die Straße. In dem gleichen Augenblick kam ein Auto, überfuhr den Knaben, wobei dieser so schwere Verletzungen erlitt, daß er eine Stunde später starb.

Die älteste Bewohnerin des Riesengebirges gestorben. Im Alter von 96 Jahren verstarb in Arnsdorf die Witwe Christine Hoptner, die älteste Frau des Riesengebirges.

Mit Hund und Regel um die Welt. In Warmbrunn kam der 25jährige Jagdschreiber Hans Kuh mit Frau und Kind durch. Er befindet sich auf einer Jagdtour um die Welt, die sich auf 60 000 Kilometer erstrecken und in sechs bis zehn Jahren beendet sein soll.

Ein radsportlicher Autofahrer. Auf der Straße von Schmieberg nach Krammhubel fuhr ein Personenvan seitwärts mit großer Schnelligkeit in die Droschke des Fuhrwerksbesizers Weißbach aus Krammhubel. Die Droschke wurde umgeworfen und stark beschädigt. Einem Pferde wurde ein Bein gebrochen, so daß es getötet werden mußte. Weißbach wurde herausgeschleudert, fiel aber zum Glück auf einen weichen Sturzpolster, so daß er mit geringen Verletzungen davonkam. Als der Autofahrer sah, was er angerichtet hatte, fuhr er schnell davon, ohne sich um sein Opfer zu kümmern.

Schweidnitz

Mord oder Selbstmord.

Zu einer Hochzeit war der 23jährige Kaufmann Schiller mit seiner Frau nach Kallendorf gekommen. Er entfernte sich plötzlich von der Festlichkeit. Als man nach ihm suchte, fand man ihn erdrosselt an einem Ahornbaum auf; sein Selbstbinder war vom Hals um den Stamm geschlungen. Es ist fraglich, ob Mord oder Selbstmord vorliegt. Die Staatsanwaltschaft hat die Leichenschaunung angeordnet.

Schwerer Unfall im Steinbruch.

Sträbel. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in den Vereinigten Schießischen Granitwerken. Als der 58 Jahre alte Steinarbeiter Wiesner aus Kallendbrunn mit Brechen beschäftigt war, löste sich plötzlich ein etwa 35 Zentner schwerer Granitblock, der in die Tiefe stürzend, Wiesner streifte. Wiesner erlitt außer schweren inneren Verletzungen der Bauchhöhle einen komplizierten Unter- und Oberschenkelbruch des linken Beines, während das rechte Bein von dem scharfkantigen Stein aufgeschnitten wurde. In seinem Aufkommen wird sehr gezweifelt. Er wurde nach Anlegen eines Notverbandes nach Schweidnitz ins Krankenhaus geschafft.

Siriegau

Ueber den Haufen gerannt. Durchgehende Pferde rissen am Feldschlösschen eine betagte Frau um, wobei sie schwere Verletzungen erlitt.

Briefkasten

Eine Notiz für den Verammlungs-Kalender, die Ende vergangener Woche in der Redaktion einlief, kündigte eine Verammlung für den 26. Mai im „Görlitz“ an. Die Notiz konnte nicht veröffentlicht werden, weil das Wichtigste, nämlich die Angabe der Organisation, fehlte.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 25. 5. bis Dienstag den 28. 5. täglich 20.15 Uhr:

Frühlings Erwachen von Franz Wedekind

Von Mittwoch, den 29. 5. bis Freitag, den 31. 5. täglich 20.15 Uhr

Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?

Romöbe v. S. Naughum

Sonnab., d. 1. 6., 20.15 Uhr

Saisonverkauf 1929

Revue im Lobe-Theater

Legte: Max Opplitz

Musik von Harry Kalton

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 25. 5. bis Freitag, den 31. 5. täglich 20.15 Uhr:

Der Arzt am Scheideweg

Von Bernard Shaw, deutsch von Siegr. Trebitsch

Sonnab., d. 1. 6., 20.15 Uhr

Zum ersten Male!

Der Mann, der seinen Namen änderte

Stück in 3 Akten

von Edgar Wallace, deutsch von Hans Rothe

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr

Gastspiel

des Kammerjägers

Serge Abranovic

Friederite

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Montag, 19.30 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie D 19

Don Giovanni

Dienstag, 20 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie A 20

Der Zigeunerbaron

Mittwoch, 20 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie B 20

Zieland

Donnerstag, 19.30 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie E 20

Fürst Igor

Freitag, 20 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie C 20

Die Hölle

Sonnabend, 20 Uhr

Der Barbier von Sevilla

Sonntag, 20 Uhr

Zieland

Bekanntmachung.

Pfänder-Versteigerung

im Versteigerungsraum

Freiburger Straße 36

am Donnerstag, dem 6. Juni 1929

vormittags 9 Uhr

Rote Scheine bis Nr. 65 000

Weisse Scheine bis Nr. 13 500

Verlängerungen können nur bis zum

30. Mai 1929 berücksichtigt werden.

Gemeinnütziges Pfandleihhaus

der Stadt Breslau, Umh.

früher Städtisches Leihhaus

G m e s, Direktor

Küchen

größte Auswahl o. moderne Formen

naturlastert und lerbib

von 130 Mk. bis 400 Mk.

Teilzahlung gestattet

Albert Nowoiny, Weidenstr. 23/24

Kreutz & Haake

Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate

Penzig O.-L.

Vorz. dies Inserats erhält 5% Rabatt

Wir liefern

Plakate

Briefbogen

Rechnungen

Programme

Einlaßkarten

Flugblätter

Werke

Zeitschriften

Rotationsdruck

Massenauflagen

prompt und

preiswert

PEUVAG

Papier-Erzeugungs-

und Verwertungs-

Aktien-Gesellschaft

Breslau

Fil. Breslau

Trebnitzer Str. 50

Oberschlesien

Wie es ober-schlesischen Saisonarbeitern ergeht!

Gegenüber anderen Jahren wurden 1929 eine größere Anzahl Oberschlesier als Saisonarbeiter in die Landwirtschaft nach dem Reich vermittelt. Von diesen, meistens Arbeiterinnen, wurden sehr viele zwangsweise durch die Arbeitsämter verschickt. Bei der Vermittlung privater wie amtlicher Art wurden den Saisonarbeitern die größten Versprechen über Behandlung, Löhne usw. gemacht. Die meisten fielen darauf herein. Ein großer Teil wird, wie gesagt, durch die Arbeitsämter zur Landarbeit gezwungen. Entweder in die Landarbeit oder in die Unterstadt, das ist die Parole bei den Arbeitsämtern. Ohne Rücksicht auf die Eignung, den früheren Beruf und dergleichen werden die Arbeitslosen an die Krautjunker verschickt. Nach einigen Tagen schon kommen dann die Notschreie der Saisonarbeiter. Wie es ober-schlesischen Landarbeitern in der Fremde geht, zeigen zwei in der Öffentlichkeit aufgerollte Fälle. Die „Hamburger Volkszeitung“ schreibt in einem Artikel: „Skandalen und Buchstabenleben auf Hof Streich“ von Landarbeitern aus Oberschlesien:

In keinem Buchhaus, in keinem Gefängnis, in keiner sonstigen Strafanstalt herrschen solche Zustände, wie auf dem Hof Streich. Wächtern dieses dem Heiligen-Geist-Hospitals gehörenden Hofes, ist die Firma Grasmilch, die große Ländereigenen in Spargelbeetz beizubehalten hat. Zur Verlichtung dieser Feldarbeit holt sich die Firma zum Überwiegenden Teil auswärtige Arbeitskräfte. In diesem Jahre hat man circa 40 bis 50 junge Mädchen und Burken aus Oberschlesien geholt. Ein Inspektor Dyperrmann hat unter solchen Bedingungen diese jungen Mädchen und Burken vom Arbeitsnachweis in Gleiwitz angefordert und durch den Verwalter Berg holen lassen. Man versprach ihnen, sie würden 30 bis 40 Mark Wochenlohn verdienen. Fahrgehalt und 3 Mark Spesen bezahlte die Firma. Die arbeitenden Mädchen waren nun endlich froh, Arbeit bekommen zu haben.

Sobald sie in Lübeck auf ihrer Arbeitsstelle ankamen, änderte sich das Bild wesentlich. Ihnen wurde jetzt offenbart, daß sie einen Stundenlohn von sage und schreibe 30 Pfennigen bekommen, natürlich ohne jegliche Kost. An Deputat erhalten sie pro Kopf in der Woche 25 Pfund Kartoffeln und einen halben Liter Magermilch pro Kopf am Tag. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden und geht von morgens 6 bis abends 6 Uhr. Erscheint ein Mädchen etwas verspätet zur Arbeit, so wird es mit einer Strafe von 1 bis 2 Mark bestraft. Ist etwa ein Mädchen krank und aus diesem Grunde nicht zur Arbeit erschienen, so wird es von dem Aufseher Berg als faul bezeichnet.

Als Unterkunftsraum dient eine Baracke!

Jetzt ist man damit beschäftigt, Stachelndraht um das Haus zu legen als Einzäunung. Das Innere des Gebäudes besteht aus zahlreichen großen Räumen, in welchen acht bis zehn Mädchen und mehr schlafen müssen. Ein Strohsack mit zerwühltem Stroh ist das Unterbett. Ein Saft muß als Kopfkissen genügen. Als Überdecke hat man ihnen zwei alte Pferdedecken gegeben. Wenn sie nachts im Bett nicht frieren wollen, so müssen sie sich noch mit ihren Kleibern zudecken. Als Aufhängungsraum für ihre Sachen dienen alte Militärspinde. Kleider, Schuhe, Brot und sonstige Sachen müssen dort untergebracht werden. Einige Mädchen haben sich aus Apfelsinenkörben Nachschränke gemacht. Acht bis zehn Mädchen müssen sich in einer Waschküchle waschen. Ober- und Unterkörper waschen diese Mädchen gezwungenermaßen alle in dieser Schüssel. Als Nachtgeschirr für alle Mädchen dient ein Marmeladeneimer in der Stube. Im Hause selbst befindet sich für die Mädchen keine Toilette, wo sie des Nachts hingehen können. Selbst tägliches Handwerkszeug, wie Harten usw., befindet sich in den sogenannten Stuben. In solchen Räuberhöhlen müssen also die Mädchen hausen.

Zu all diesen haarsträubenden Dingen kommt noch hinzu, daß dort eine Hausordnung angewandt wird, die nicht nur nach mittelalterlichen Zuständen riecht, sondern die direkt gesetzwidrig ist. Um 10 Uhr abends müssen die Mädchen zu Hause sein, sonst muß Urlaub angemeldet werden. Wenn ein Mädchen aber bis 1 Uhr Urlaub anmeldet und kommt vielleicht schon um 11 Uhr nach Hause, so schließt der Verwalter Berg die Tür für das Mädchen nicht eher auf, als bis es 1 Uhr ist. So lange muß das Mädchen draußen stehen. Kommt es nach 1 Uhr, so muß es bis morgens draußen stehen. So ist es in diesen Tagen vorgekommen, daß neun Mädchen die ganze Nacht draußen verweilen mußten. Drei von ihnen haben dann während der Nacht im Hofe geschlafen. Ferner werden die Mädchen die ganze Nacht in der Kaserne eingeschlossen, was direkt gesetzwidrig ist.

Ebenso haarsträubend wie die oben geschilderten Dinge sind auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wir erwähnten bereits, daß die Mädchen für einen Stundenlohn von 30 Pf. arbeiten müssen. Jede Woche bekommt das Mädchen dann noch 2 Mark sogenannte Ration abgezogen. Wofür das ist, das wissen die Mädchen selbst nicht. Die Arbeit selbst ist schlimmer als irgendeine Akkordarbeit. Wer nicht mitkommt, muß durch Nacharbeit das einholen, dafür gibt es natürlich keine Vergütung. Ja, man droht den Mädchen damit, wenn sie nicht besser arbeiten würden, bekämen sie nur 25 Pf. die Stunde. Ein Mädchen, das schwer herkrankt ist und während der Arbeit krank wurde, bekam trotz der Krankheit noch eine Stunde als Strafe abgezogen.

Der Menschenschinder Berg bezeichnet dann obendrein die Mädchen als Huren und Säue. Welch rabiatere Halunke dort wählen diesen Ausdruck benutzt! Dieser Berg ist, bemerkt ein Vorfall, der sich vor nicht langer Zeit abspielte. Ein Mädchen hatte mit einer Freundin eine kleine Auseinandersetzung und Berg hörte dieses. Kurzerhand packte er das eine Mädchen und schleuderte es mit voller Wucht gegen das Bett und ergriff dann einen Koffer und schlug damit auf den Kopf des Mädchens ein. Dieses brach dann zusammen und wurde von Berg ohne jegliches Geld entlassen. Während wanderte jetzt das Mädchen nach Lübeck. Unterwegs wollte es sich vor ein Auto werfen, woran es gerade noch zur rechten Zeit zwei Sipobeamte hinderten und es zur Wache brachten. Von dort aus ist es einem Heim überwiesen worden. Das Mädchen heißt Klara Porzella und ist aus Gleiwitz.

Einen anderen Fall schildert der „Liegnitzer Landbote“ vom 26. 5. 1929.

So wurden auch Herrn Gutbesitzer Rielmann in Greibitz (Kreis Liegnitz) drei ober-schlesische Arbeiterinnen zugeteilt. Herr R. war selbst in Oberschlesien und hat dort den Arbeiterinnen den Himmel auf Erden versprochen. Als die Mädchen sechs Wochen bei ihm arbeiteten, löste sich das Versprechen wie ein kalter Schlags aus.

Am 14. Mai entwiderte sich eine Streikfrage zwischen Herrn R. und den Mädchen. Die Mädchen verweigerten ein Weiterarbeiten

und Herr R. erklärte, er habe auch an der Weiterarbeit kein Interesse mehr, Gemüch war das Arbeitsverhältnis zwischen beiden Parteien als gelöst zu betrachten.

In der Nacht vom 14. zum 15. Mai, also einige Stunden nach der Verhandlung, nach 10 Uhr abends, kommt Herr R. mit dem dortigen Landjäger und verlangt, daß die Mädchen ihre Wohnung, in der sie untergebracht waren, aufmachen. Die Mädchen kamen, obwohl sie schon in den Betten lagen, der Aufforderung nach, machten auf, und herein traten Herr R. und der dortige Landjäger. Herr R. verlangte, daß von dem einen Mädchen eine Schürze herausgegeben werden sollte, sie sollte beschlagnahmt werden, wegen der Kettelkosten. Die Mädchen hatten bereits ihre Röcke gepackt, und eine von ihnen sollte den Korb öffnen. Das verweigerten die Mädchen mit Recht. Daraufhin — jedenfalls wohl, weil die Höhe Kettelgewalt dabei war — wurde der Korb einfach aufgerissen und die Sachen durcheinandergeworfen. Dabei erwischte Herr R. die Handtasche eines der Mädchen und nahm Geld heraus. Wieviel, können die Mädchen nicht feststellen. Der Skandal war so groß um die Zurückhaltung des Jahrgeldes, daß tatsächlich das eine Mädchen aus reiner Angst — da man ihm mit Schlägen drohte — die Kettelkosten in Höhe von 16 Mk. dem armen Herrn R. aushändigte. Der Herr Landjäger gestattete sich zu sagen: „Arme Menschen haben kein Recht auf der Welt.“ Es wurde ferner den Mädchen angedroht, daß am 15. Mai früh um 8 Uhr aufgemacht werden soll und dann werden ihre Sachen einfach auf die Straße geworfen.

Als Herr Rielmann und der Landjäger dieses Theater mit den drei ober-schlesischen Saisonarbeiterinnen beendet hatten, zogen sie friedlich ihren Weg. Sie hatten den drei hilflosen Mädchen gezeigt, welche Gewalt sie über sie haben.

Die Angelegenheit selbst dürfte noch ein Nachspiel haben.

Wir brauchen diesen Schilderungen nichts mehr hinzuzufügen. Das muß aber für alle ober-schlesischen Arbeiter eine ernste Warnung sein, wenn sie fernerhin in die Landwirtschaft verschickt werden sollen.

Gleiwitz

Leichte Besserung auf dem Gleiwitzer Arbeitsmarkt.

In der letzten Zeit hat die Zahl der Arbeitsuchenden abgenommen; die Statistik des Arbeitsamtes Gleiwitz besagt, daß in der Vorwoche die Zahl der Arbeitsuchenden von 4106 auf 3877 zurückgegangen ist. Man rechnet für die nächste Zeit mit einem weiteren Abbau der Erwerbslosenzahl, da zahlreiche Volkstanzarbeiten wieder in Angriff genommen worden sind. Heute werden 517 Arbeitslose mit Volkstanzarbeiten beschäftigt. Es steht aber noch die Durchführung der Arbeiten für den Freibadbetrieb, Straßenbauten, Park- und Friedhofarbeiten usw. aus.

Die Personalen festgesetzt

Als der Arbeiter Karl Kozel wurde der vergangenen Woche aus der Klobitz gezogene Tote festgestellt. R. soll bis vor kurzem bei einem Landwirt in Elguth-Jabrze in Arbeit gestanden haben. Die Polizei stellt noch Ermittlungen darüber an, was den Arbeiter in den Tod geführt hat.

Hindenburg

Beide Beine abgefahren

Am Freitag nachmittag wurde im Stadtteil Matthesdorf der Aufseher Schilstra aus Hindenburg von einem Auto überfahren. Beide Beine wurden ihm abgefahren. Sanitätsmannschaften der Feuerwehr schafften den Schwerverletzten ins städtische Krankenhaus.

Mikulschütz

Selbstmord auf den Schienen

In den Morgenstunden des Freitags wurde auf dem Bahnkörper zwischen Mikulschütz und Borzigwerk auf den Eisenbahnschienen die schrecklich verstümmelte Leiche eines jungen Mannes aufgefunden. Er ist in der Nacht von einem Zuge überfahren worden. Es handelt sich um einen erwerbslosen Maler aus Beuthen. Vermutlich liegt Selbstmord vor. Ueber die Gründe ist bisher noch nichts bekannt. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in die Leichenhalle des Friedhofes Mikulschütz übergeführt.

Ratibor

Die Unfälle mehren sich

Trotz der vor kurzer Zeit mit großem Tamtam aufgezogenen Reichsunfallwoche steigerten sich die Straßenunfälle in erheblichem Maße. Nicht aus dem Grunde, daß das Publikum alle Vorsichtsmaßnahmen außer acht ließe, sondern dadurch, daß die Stadt an verkehrsreichen Stellen der Stadt mit Verkehrsbeamten spart. Die Autos der Kapitulisten rasen ohne Rücksichtnahme auf den Verkehr in den Straßen durch die Stadt, als wenn es zum Rennen ginge. In dem einen Falle wurde dieser Tage ein Eisenbahner von einem über den Ring fahrenden Auto angefahren und verletzt. In dem anderen Falle wurde ein Schulkind von einem Fleischwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt.

Saugehäßt Wolter

A. R. Wir müssen wieder einmal diesen Betrieb der Deffentlichkeit unterbreiten. Bekanntlich hat der oben genannte Baumeister den Bau einer Handwerkschule in der Hofergasse übernommen. Dazu sind ihm auch einige ausgesteuerte Erwerbslose vom Armenamt überwiesen worden. Den größten Teil der Arbeiter bringt sich der Polier dieser Firma von seinem Dorfe mit, wogegen schließlich nichts einzuwenden wäre. Wie die Arbeiter behandelt werden, zeigt folgender Vorfall. Als der Arbeiter K. sich einen Kranken einholen wollte, wurde er abgemiesen mit den Worten, er solle warten. Mit großem Krach bekam er erst seinen Krankenwagen und kurz darauf seine Entlassung. Mit der Bautechnik und Solidität dieser Firma sieht es auch nicht so rosig aus. Wir erinnern nur an die Sieblungsarbeiten an der Ottiker Straße, wo früher das Grundstück Tebel stand, wo durch die Antreiberien und die Bautechnik dieser Firma ein Haus einzujürgen drohte. Bei dem Bau der Sieblungshäuser hatte diese Firma den Maurerpolier Herzog aus Ratibor beschäftigt. Dieser Antreiber hatte sich sogar erlaubt, die jungen Arbeiter und Lehrlinge mit einer Holzlatte zu traktieren. Man kann nicht verstehen, wie diese Firma einen solchen Polier beschäftigen konnte, der gar nicht unterscheiden konnte, was Baum und schief ist.

Die Verkleinerung von Provinzgebühren

Provinzialrat Biegenhals

Bekanntlich hat die Provinzialverwaltung in Biegenhals vor einigen Jahren eine Heilstätte für Tuberkulose eingerichtet. Diese steht unter Leitung eines Dr. Rickmann, der aus dem Schwarzwald nach hier kam. Soweit uns bekannt ist, sind ihm vor seinem Antritt vertragliche Zugeständnisse gemacht worden, die ihm großzügige Freiheiten gewährten und die weit über das übliche Maß hinausgehen. Herr Dr. Rickmann nutzt diese Zugeständnisse auch so weit aus, daß die ganze Haushaltung der Anstalt fast zu einem Skandal auserziet. Unser Gewährrmann bekam auf Fragen bei der Bevölkerung über die Anstalt Antworten, die hier wiedergegeben nicht möglich ist. Ohne also diese Antworten hier zu publizieren, soll aber doch hier mitgeteilt werden, was dort festgestellt wurde.

Die Anstalt faßt etwa 70 bis 80 Heilbedürftige. Für diese bezahlt die Provinz zwei Geislige. Herr Dr. Rickmann hat weiterhin eine Villa für etwa 65 000 Mark erhalten. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen sind durch ihn weitere 50 000 Mark Provinzgebühren in diese Villa hineingebaut worden. Außerdem wird jetzt hinter der Villa ein Tennisplatz eingerichtet, der der Provinz ungefähr 11 000 Mark Unkosten verursacht. Unser Gewährrmann hat selbst den Platz, wo dieser Tennisplatz eingerichtet wird, beschlagnahmt und dabei noch festgestellt, daß dort eine große Anzahl erst vor einigen Jahren gepflanzter Obstbäume beseitigt wird, um diesen Platz freizumachen.

Herr Landeshauptmann, wir fordern Antwort, ob Sie diese Schindluderer mit den aus den ober-schlesischen Proleten gepredigten Gelbden gutheißen! Weitere Mitteilungen über die dort vorherrschende Wirtschaft behalten wir uns vor.

Cosel

Mord in Birawa?

Ueber die Entstehungszusammenhänge des Brandes des Sägewerkes ist man noch völlig im unklaren. Ebenso kann man bisher nicht mit Bestimmtheit sagen, in welcher Verbindung die in der Transmissionsanlage aufgefundenen bis zur Unkenntlichkeit verbrannte Leiche zu dem Feuer steht. Der an den Ort gerufene Sachverständige konnte die Todesursache nicht einwandfrei feststellen. Verschiedene Körper-teile waren aber in einer Weise vom Körper losgetrennt, die einen Mord nicht als ausgeschlossen erscheinen läßt. Einwandfrei steht noch nicht fest, daß der Tote der 50 Jahre alte Heizer Josef Wimmer ist, der bereits 30 Jahre bei der Firma tätig war und in dem Sägewerk wohnte. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.

Patschkau

Kaplan Schubert sagt: „Ihr werdet erschossen!“

Sehr sonderbare Manieren zeigt das hiesige Pfäfflein Schubert. Da ihm aufgefallen ist, daß bei den Demonstrationen der Arbeiter auch die Arbeiterkinder mitgehen, versucht er auf eigenartige Weise die Arbeiterkinder davon abzubringen. Er sagte kürzlich zu einigen Kindern: „Wer noch einmal von euch zu den Kommunisten geht, wird erschossen.“

Die Kinder merken die Einfaltigkeit des Pfäffleins und lächelten darüber. Wir finden diese Drohung aber recht sonderbar. Seit wann drohen denn die Vertreter des Himmels mit dem Töten, was sie in ihren Predigten doch mit dem 5. Gebot verbieten?

Der gelbe Paß

Im hiesigen Turm-Theater wird am Mittwoch und Donnerstag der große Russenfilm „Der gelbe Paß“ gespielt. Wir empfehlen den Arbeitern, sich wenn möglich diesen wirklich guten Film anzusehen.

Oppeln

Mitgliederberammlung der Partei

Freitag, den 31. Mai, findet im alten Schützenhaus (Saal) eine Mitgliederberammlung der Gesamtpartei statt. Bei dieser Berammlung sollen die in letzter Zeit neu aufgenommenen zwanzig Parteimitglieder in die Partei eingeführt werden.

Die weitere Tagesordnung wird in der Berammlung bekanntgegeben. Es wird allen Mitgliedern unbedingtes Erscheinen zur Pflicht gemacht.

Die Trompete geklaut

A. K. „Einem Mitgliede der hiesigen Stahlhelmkapelle wurden in einem Lokale auf der Gerichtsstraße eine B-Trompete und vier Notenbücher gestohlen. Zweckdienliche Angaben, die auf Wursch vertraulich behandelt werden, erbittet die Kriminalpolizei im Polizeipräsidium, hier, Sternstraße 18.“

Der Stahlhelmmann wird wohl befohlen gewesen sein, wenn ihm die Trompete, die doch wirklich nicht so klein ist, daß man sie in der Tasche verschwinden lassen kann, abhanden gekommen ist. Den roten Frontkämpfern nahmen die Polizei des Sozialdemokraten Orsoffski die Instrumente weg, und dem Stahlhelm, dem sucht dieselbe Polizei das verbummelte Zeug zusammen; denn die Notiz stammt von der amtlichen Pressestelle des Polizeipräsidiums.

Unterstützungszahlung

Am Mittwoch, den 29. Mai 1929, vormittags von 8 bis 1 Uhr, findet die Zahlung der Armenunterstützung und des Pflegegeldes in der Zahlstelle des Wohlfahrtsamtes, Malabaner Straße, statt. Um pünktliche Einhaltung des Zahlungstermins wird ersucht.

Es geht wieder los!

Die Epieker haben schon lange wieder nicht demonstriert. Sie müssen wieder einen nationalitätlichen Kummel auf die Bevölkerung loslassen. Das macht sich am besten durch eine Fahnenweihe. So hat sich der Verein ehemaliger 88er entschlossen, eine Fahne einzuziehen. Der Kummel soll am Sonntag, den 2. Juni, steigen. Da werden sich ja wieder einige abgetatete Offiziere wohlfühlen.

Deffentliche Verkehrsberatung

Das städtische Verkehrsamt veranstaltet am 28. Mai im Auftrag der Stadtverwaltung erstmalig in Oppeln eine öffentliche Verkehrsberatung, um über die dringenden ober-schlesischen und örtlichen Fragen verkehrswirtschaftlicher Natur Aufklärung zu schaffen. Die Beratungen finden im Stadttheateraal statt.

Wieder einmal Garteninspektor Ulrich

A. K. Dieser oben bezeichnete Herr beliebt, mit den Arbeitern der Gartenverwaltung in einem Tone umzugehen, wie er in den Kasernen üblich ist. Man möchte nicht glauben, daß ein „Geldarbeiter“ Herr solche Ausdrücke in den Mund nehmen kann. Wir verlangen, daß sich Herr Ulrich diesen Ton schleunigst abgewöhnt. Die Arbeiter sind genau solche Menschen wie er, nur mit dem Unterschied, daß der Herr Inspektor für weniger Arbeit mehr bezahlt bekommt wie die Arbeiter.

